



Standard-Eurobarometer 96
Winter 2021/2022

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

Erste Ergebnisse

Befragung: Januar/Februar 2022

Dieses Dokument gibt nicht die Ansichten der Europäischen Kommission wieder. Die darin enthaltenen Interpretationen und Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Projekttitel

Standard-Eurobarometer 96 – Winter 2021/2022

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste Ergebnisse

Sprache

DE

Katalognummer

NA-AO-22-001-DE-N

ISBN

978-92-76-49166-8

ISSN

1977-3927

10.2775/992501

© Europäische Union, 2022

<https://www.europa.eu/eurobarometer>

Bildquelle: Getty Images



INHALT

EINLEITUNG	4
I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN	9
1. Vertrauen in nationale Regierungen und Parlamente sowie in die Europäische Union	10
2. Vertrauen in die Europäische Union: nationale Ergebnisse und Entwicklungen	11
3. Das Bild der Europäischen Union	12
4. Das Bild der Europäischen Union: Entwicklungen und nationale Ergebnisse	13
5. Die Zukunft der Europäischen Union	14
6. Die Zukunft der Europäischen Union: nationale Ergebnisse	15
II. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE	16
1. Die gegenwärtige Lage der nationalen Wirtschaft: Trend, nationale Ergebnisse und Entwicklung	17
2. Befürwortung des Euro: Trend und nationale Ergebnisse	19
3. Meinung zu den Auswirkungen des Euro	21
4. Meinung zu den Auswirkungen des Euro: nationale Ergebnisse	22
III. DIE DRINGLICHSTEN SORGEN DER EUROPÄER	23
1. Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: Trend	24
2. Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: nationale Ergebnisse	25
3. Unterstützung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten: Trend	27
4. Unterstützung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten: Entwicklungen und nationale Ergebnisse	28
5. Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: Trend	29
6. Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse	30
IV. EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT	32
1. Das Gefühl, Bürger der Europäischen Union zu sein: nationale Ergebnisse	33
V. DIE EU UND DIE CORONAVIRUS-PANDEMIE	34
1. Zufriedenheit mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise: Trend und nationale Ergebnisse	35
2. Vertrauen in die EU, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen: Trend und nationale Ergebnisse	38
3. Schwerpunkte der EU als Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie	39
4. Wirtschaftliche Folgen: Trend und nationale Ergebnisse	42
5. Der EU-Aufbauplan „NextGenerationEU“: nationale Ergebnisse	43
SCHLUSSFOLGERUNG	44
TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN	1

EINLEITUNG



Standard-Eurobarometer 96 Winter 2021/2022

Im vorliegenden Bericht – *Erste Ergebnisse* – werden die ersten Ergebnisse der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Winter 2021/2022 (EB96) für die 27 Mitgliedstaaten der EU vorgestellt.¹ Dieser Bericht wird zusammen mit den Ergebnissen der Standard-Eurobarometer-Fragen veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind. Die Befragungen wurden zwischen dem 18. Januar und 14. Februar 2022 durchgeführt, d.h. zehn Tage vor Beginn der russischen Invasion der Ukraine.

Die Coronavirus-Pandemie

In dem Zeitraum zwischen dem vorangegangenen Standard-Eurobarometer (EB95, Frühjahr 2021, Juni/Juli 2021) und den Befragungen für das aktuelle Standard-Eurobarometer im Winter 2021/2022 (Befragungszeitraum Januar/Februar 2022) stieg die Zahl der Fälle der Delta-Variante. Allerdings blieben die Fallzahlen im Sommer unter den Höchstständen vorangegangener Wellen. Im November wurde jedoch zum ersten Mal eine neue Variante des SARS-COV2-Virus entdeckt, die seither unter dem Namen Omicron² bekannt ist. Diese Variante führte Ende Dezember zu einem rasanten Anstieg der Fallzahlen. In der Woche bis zum 24. Januar 2022 gab es 1,5 Millionen bestätigte Neuinfektionen mit der in Europa mittlerweile dominanten Omicron-Variante. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) bestätigte für 25 EU-Mitgliedstaaten eine besorgniserregende oder sehr besorgniserregende epidemiologische Lage³ und gab am 24. Februar 2022 bekannt, dass in der EU/im EWR mehr als 107 Millionen Fälle des Coronavirus dokumentiert wurden. Die höchsten Fallzahlen wurden aus Frankreich (22,5 Millionen Fälle), Deutschland (14,1 Millionen), Italien (12,6 Millionen), Spanien (10,9 Millionen) und den Niederlanden (6,1 Millionen) gemeldet. Weltweit waren mehr als 424,9 Millionen Fälle gemeldet worden.⁴ Ebenfalls bis zu diesem Datum waren mehr als 1 Million Todesfälle in der EU/im EWR und beinahe 5,9 Millionen Todesfälle weltweit gemeldet worden.⁵

Impfkampagne und Booster-Programm

Die Länder in der EU begannen vor dem Hintergrund des plötzlichen Anstiegs der Delta-Fälle in der zweiten Jahreshälfte 2021 und von Belegen für eine nachlassende Immunität nach der vollständigen Erstimpfung mit der Einführung von Booster-Kampagnen, um durch eine zusätzliche Impfung den Impfschutz zu erhöhen. Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat die Freigabe für Auffrischimpfungen mit den Impfstoffen Pfizer-BioNTech und Moderna für alle Personen ab 18 Jahren erteilt, deren letzte Impfung mindestens 6 Monate zurückliegt⁶, sowie für den Impfstoff von Janssen⁷, wenn die erste Impfung mindestens zwei Monate zurückliegt. Der Anspruch auf eine Booster-Impfung variiert in den einzelnen Ländern und die Booster-Programme

befinden sich zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts in verschiedenen Phasen.

Bis zum 24. Februar 2022 waren in der EU mehr als 1,1 Milliarden Impfdosen ausgeliefert und 875,6 Millionen Impfdosen verabreicht worden. 75% der Bevölkerung in der EU/im EWR hatten mindestens eine Impfung erhalten, 71,6% die zweite Impfung (d. h. die vollständige Erstimpfung) und 50,8% bereits die Booster-Impfung. Allerdings unterscheiden sich die Impf- und Booster-Quoten im Ländervergleich erheblich.⁸

Weitere Entwicklungen bei Impfstoffen und beim Impfen

- Am 24. November 2021 gab die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) die Verabreichung des Impfstoffs Pfizer-BioNTech Comirnaty für Kinder von 5 bis 11 Jahren ab Dezember 2021 frei.
- Am 24. Februar 2022 empfahl die EMA die Zulassung des Impfstoffs Spikevax von Moderna für Kinder von 6 bis 11 Jahren⁹ sowie die Verabreichung des Impfstoffs Pfizer-BioNTech Comirnaty als Booster-Impfung für Heranwachsende ab 12 Jahren, die eine Booster-Impfung benötigen.
- Am 21. Dezember 2021 nahm die Europäische Kommission Vorschriften an, die den Anerkennungszeitraum für das digitale COVID-Zertifikat der EU in allen EU-Mitgliedstaaten auf neun Monate (270 Tage) seit der letzten Impfdosis der vollständigen Erstimpfung festlegen. Ziel ist es, die Booster-Quote zu steigern. Diese Vorschriften traten am 1. Februar 2022 in Kraft.¹⁰
- Am 3. Februar 2022 schlug die Europäische Kommission die Verlängerung des digitalen COVID-Zertifikats der EU, das am 30. Juni 2022 abläuft, um ein Jahr bis zum 30. Juni 2023 vor. In diesem Vorschlag wird eingeräumt, dass die Auswirkungen eines möglichen Anstiegs der Infektionen und/oder des Aufkommens neuer Varianten in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 nicht abzusehen sind, und es wird die derzeitige Prävalenz des Virus in Europa berücksichtigt.¹¹ Bis Dezember 2021 waren in der EU 807 Millionen Zertifikate ausgestellt worden, die Reisen innerhalb der EU ermöglichen.¹²

Die Wirtschaft

Die Wirtschaftsprognose vom Herbst 2021 ging sowohl für die EU als Ganzes als auch für den Euroraum von einem BIP-Wachstum von 5,0% für das Jahr 2021 aus. Damit fiel die Wachstumsprognose 0,2 Prozentpunkte höher aus als im Sommer 2021.¹³ Trotz vielversprechender Signale im Sommer 2021 für eine wirtschaftliche Erholung führten ein Wiedererstarren der Pandemie und die Omicron-Variante dazu, dass die Wirtschaft schwächer in das Jahr 2022 startete als angenommen. Obwohl die Zwischenprognose vom Winter, die am 22. Februar 2022 veröffentlicht wurde, zeigt, dass das BIP 2021 mit 5,3% stärker als

¹ Einige Fragen wurden zwischen dem 14. Juni und dem 15. Juli 2021 auch in 12 anderen Ländern oder Gebieten gestellt: Albanien, Bosnien und Herzegowina, türkisch-zyprische Gemeinschaft in dem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, Island, Kosovo (Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244 (1999) des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos), Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien, Schweiz, Türkei und Vereinigtes Königreich.

² <https://www.who.int/en/activities/tracking-SARS-CoV-2-variants/>

³ <https://www.ecdc.europa.eu/en/covid-19/country-overviews>

⁴ <https://www.ecdc.europa.eu/en/covid-19/situation-updates>

⁵ <https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/data-national-14-day-notification-rate-covid-19>

⁶ <https://www.ema.europa.eu/en/news/comirnaty-spikevax-ema-recommendations-extra-doses-boosters>

⁷ <https://www.ema.europa.eu/en/news/covid-19-vaccine-janssen-ema-recommendation-boosters-dose>

⁸ <https://vaccinetracker.ecdc.europa.eu/public/extensions/COVID-19/vaccine-tracker.html#uptake-tab>

⁹ <https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-recommends-approval-spikevax-children-aged-6-11>

¹⁰ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6837

¹¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_744

¹² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6837

¹³ https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-and-forecasts/economic-forecasts/autumn-2021-economic-forecast-recovery-expansion-amid-headwinds_en

Standard-Eurobarometer 96 Winter 2021/2022

erwartet gewachsen ist, wird für 2022 ein Wachstumsrückgang auf 4,0% prognostiziert.¹⁴

Die Arbeitslosenquote in der EU ging 2021 weiter zurück und lag im Dezember 2021 bei 6,4%. Im Vergleich dazu lag die Arbeitslosenquote im November 2021 bei 6,5% und im Dezember 2020 bei 7,5%. Im Euroraum lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2021 bei 7,0%, was einem Rückgang gegenüber der Arbeitslosenquote von 7,1% im November 2021 und von 8,2% im Dezember 2020 entspricht.¹⁵

Ereignisse in der EU seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2021:

- Zwischen September 2021 und Februar 2022 fanden im Rahmen der **Konferenz zur Zukunft Europas** eine Reihe von Bürgerforen statt. In vier Foren mit insgesamt 200 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus allen 27 Mitgliedstaaten wurden die Teilnehmer gebeten, über die Zukunft nachzudenken, die sie sich für die EU wünschen. Die Zusammensetzung der Teilnehmergruppen spiegelte die Vielfalt der Bevölkerung in der EU wider. Behandelt wurden die folgenden vier Themen:
 - ▶ Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und Sport/Digitaler Wandel
 - ▶ Europäische Demokratie/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit
 - ▶ Klimawandel, Umwelt/Gesundheit
 - ▶ EU in der Welt/Migration
- Am 1. Dezember 2021 startete die Europäische Kommission die Initiative Global Gateway. Dabei handelt es sich um eine neue Strategie, um Digitales, Energie und Verkehr intelligent, sauber und verlässlich miteinander zu vernetzen und Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssysteme weltweit zu stärken. Ziel von Global Gateway ist es, zwischen 2021 und 2027 bis zu 300 Milliarden Euro an Investitionen zu mobilisieren, um eine dauerhafte globale Erholung zu unterstützen, die die Interessen und Bedürfnisse Europas und der Partner berücksichtigt.¹⁶
- Am 16. Dezember 2021 unterzeichnete die Europäische Kommission eine gemeinsame Erklärung über wichtige legislative Prioritäten für 2022. Das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission werden einer Reihe von Maßnahmen Priorität einräumen, deren Ziel es ist, den europäischen Grünen Deal umzusetzen, ein Europa für das digitale Zeitalter zu schaffen, eine Wirtschaft im Dienste der Menschen zu schaffen, ein stärkeres Europa in der Welt voranzubringen, unsere europäische Lebensweise zu fördern, unsere Demokratie zu schützen und zu stärken und unsere gemeinsamen europäischen Werte zu verteidigen. Darüber hinaus wurden auch die legislativen Erfolge des Jahres 2021 begrüßt, darunter die Annahme wichtiger Rechtsvorschriften für einige Schwerpunktbereiche: Europäisches Klimagesetz, Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit, eine Blaue Karte der EU für hochqualifizierte Wanderarbeitnehmer, Vorschriften für eine landesspezifische Offenlegung der Steuerbilanzen, Regelung der Europäischen Union für die Kontrolle von Gütern

mit doppeltem Verwendungszweck, Umsetzung des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems sowie Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Inhalte und zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet.¹⁷

- Am 1. Januar 2022 übernahm Frankreich für sechs Monate die Ratspräsidentschaft der EU unter dem Motto „Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit“. Der französische Präsident Emmanuel Macron verkündete in einer Rede am 9. Dezember 2021, dass die französische Ratspräsidentschaft eine Agenda der europäischen Souveränität, den Aufbau eines neuen europäischen Wachstumsmodells und ein Europa mit menschlicherem Maßstab verfolgen wird. In einer Rede vor dem Europäischen Parlament am 19. Januar unterstrich Präsident Macron, dass im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft die Werte gefördert werden sollen, die Europa ausmachen, um die wichtigsten Herausforderungen für die europäische Sicherheit, Demokratie und das Wachstum anzugehen.¹⁸
- Der 1. Januar 2022 markierte den Beginn des Europäischen Jahres der Jugend. Das Europäische Jahr der Jugend unterstreicht die bedeutende Rolle der Jugend bei der Gestaltung und Schaffung einer grüneren, inklusiveren und digitalen Zukunft.¹⁹
- Am 11. Januar 2022 verstarb der Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli. Er war seit Juli 2019 Parlamentspräsident. Am 18. Januar 2022 wurde Roberta Metsola aus Malta zur neuen Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt. Sie ist die bisher jüngste Präsidentin. Sie übernimmt den Vorsitz des Europäischen Parlaments bis zur Europawahl 2024.
- Am 1. März 2022 hat die Europäische Kommission den ersten Jahresbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) vorgelegt. Die ARF ist das Kernstück von **NextGenerationEU**.²⁰ In der ersten regulären Auszahlung aus diesen Mitteln erhielt Spanien im Dezember 2021 eine Summe von 10 Milliarden Euro. Für 2022 werden weitere Auszahlungen erwartet. Seit März 2022 wurden insgesamt 22 Aufbau- und Resilienzpläne in den Mitgliedstaaten der EU angenommen. Die in den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Reformen und Investitionen haben die Zielvorgaben für Investitionen in den Bereichen Klima und Digitales übertraffen. Der Anteil der Ausgaben für das Klima liegt Schätzungen zufolge bei 40% (Zielvorgabe 37%) und für den Bereich Digitales bei 26% (Zielvorgabe 20%).²¹

Wahlen in der EU seit der Umfrage vom Frühjahr 2021:

- Im September 2021 fand in Deutschland eine Bundestagswahl statt und am 8. Dezember 2021 wurde Olaf Scholz als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland vereidigt, nachdem er die Sozialdemokraten (SPD) zum Wahlsieg geführt hatte. Damit endete eine 16-jährige Regierungsbeteiligung der Konservativen unter der Führung von Angela Merkel.
- Bei der Parlamentswahl in Tschechien im Oktober 2021 gelang dem liberal-konservativen Wahlbündnis SPOLU ein überraschender Wahlsieg gegen die regierungsführende Partei ANO. Dies war die knappste Parlamentswahl in der Geschichte

¹⁴ https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-and-forecasts/economic-forecasts/winter-2022-economic-forecast-growth-expected-regain-traction-after-winter-slowdown_en

¹⁵ <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14233878/3-01022022-AP-EN.pdf/cfe71acd-ef6c-b52b-085f-838598dd9a88>

¹⁶ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6433

¹⁷ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6881

¹⁸ <https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/en/news/french-president-emmanuel-macron-s-speech-at-the-european-parliament-strasbourg-19-january-2022/>

¹⁹ https://europa.eu/youth/year-of-youth_de

²⁰ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1198

²¹ https://ec.europa.eu/economy_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/index.html

Standard-Eurobarometer 96

Winter 2021/2022

Tschechiens. Petr Fial, Parteivorsitzender der ODS, wurde am 28. November 2021 zum neuen Ministerpräsidenten ernannt.

- Am 14. November 2021 fand in Bulgarien eine dritte Parlamentswahl statt, nachdem bei den vorangegangenen Wahlen im Jahr 2021 kein eindeutiges Wahlergebnis vorlag. Die neue, zwei Monate vor der dritten Parlamentswahl gegründete Partei „Wir setzen den Wandel fort“ (kurz PP) erhielt die meisten Stimmen und ging zwecks Bildung einer Regierung eine Koalition mit den Parteien ITN, BSB und DB ein. Am 13. Dezember 2021 wurde Kiril Petkov von der PP als neuer Ministerpräsident vereidigt.
- Bei der Parlamentswahl in Portugal am 31. Januar 2022 konnte die Sozialistische Partei von Premierminister António Costa Parlamentssitze hinzugewinnen und erlangte dadurch die absolute Mehrheit im neuen Parlament.

Andere nennenswerte Ereignisse seit der Umfrage vom Frühjahr 2021:

- Vom 21. Oktober bis 12. November fand die UN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow statt. Die Europäische Kommission unterstützte den erzielten Konsens zur Vervollständigung des Regelbuchs zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris sowie die Aufrechterhaltung der im Pariser Übereinkommen vereinbarten Ziele. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte am 1. November 2021 im Rahmen der COP26 eine Milliarde Euro als Beitrag zur globalen Finanzierung des Schutzes der Wälder zu. Am 2. November gab die EU eine Partnerschaft mit Südafrika für eine gerechte Energiewende bekannt und verkündete den offiziellen Start des „Global Methane Pledge“, einer gemeinsamen Initiative der EU und der USA, deren Ziel es ist, die weltweiten Methanemissionen bis 2030 um mindestens 30% zu senken. Am 9. November 2021 gab der geschäftsführende Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans bekannt, 100 Millionen Euro für den Anpassungsfonds bereitzustellen.²²

²² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_6021

Bei dieser Umfrage angewandte Methodik

In einigen Ländern waren aufgrund der durch die Coronavirus-Pandemie verursachten Situation **alternative Interviewmethoden** erforderlich.

Soweit dies möglich war, entsprach die angewandte Methodik dem Vorgehen bei den Standard-Eurobarometer-Umfragen, die von der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Medienspiegel und Eurobarometer“) durchgeführt werden^{23,24}.

Die Teilnehmer wurden entsprechend der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)²⁵ gefragt, ob sie zustimmen, Fragen zu Themen zu beantworten, die als sensibel angesehen werden könnten, oder nicht.

Hinweis: Dieser Bericht verwendet die offiziellen Abkürzungen für die einzelnen EU-Länder. Die Bedeutungen der in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen lauten wie folgt:

Belgien	BE	Litauen	LT
Bulgarien	BG	Luxemburg	LU
Tschechien	CZ	Ungarn	HU
Dänemark	DK	Malta	MT
Deutschland	DE	Niederlande	NL
Estland	EE	Österreich	AT
Irland	IE	Polen	PL
Griechenland	EL	Portugal	PT
Spanien	ES	Rumänien	RO
Frankreich	FR	Slowenien	SI
Kroatien	HR	Slowakei	SK
Italien	IT	Finnland	FI
Republik Zypern	CY *	Schweden	SE
Lettland	LV		

Europäische Union – gewichteter Durchschnitt für die 27 Mitgliedstaaten	EU27
BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK, LV, LT	Euroraum
BG, CZ, DK, HR, HU, PL, RO, SE	Nicht-Euroraum

Zypern als Ganzes ist einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der „Acquis Communautaire“ (gemeinschaftlicher Besitzstand) ist jedoch in dem Landesteil aufgehoben, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Aus praktischen Gründen werden daher nur die Interviews, die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführt wurden, in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und für den Durchschnitt der EU27 berücksichtigt.

Wir möchten den Menschen in der gesamten Europäischen Union danken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen. Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

²³ <https://www.europa.eu/eurobarometer>

²⁴ Die Ergebnistabellen befinden sich im Anhang. Es ist zu beachten, dass die Summe der in diesem Bericht angegebenen Prozentsätze mehr als

100% betragen kann, wenn der Befragte bei einer Frage mehrere Antworten wählen konnte.

²⁵ 2016/679

I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN

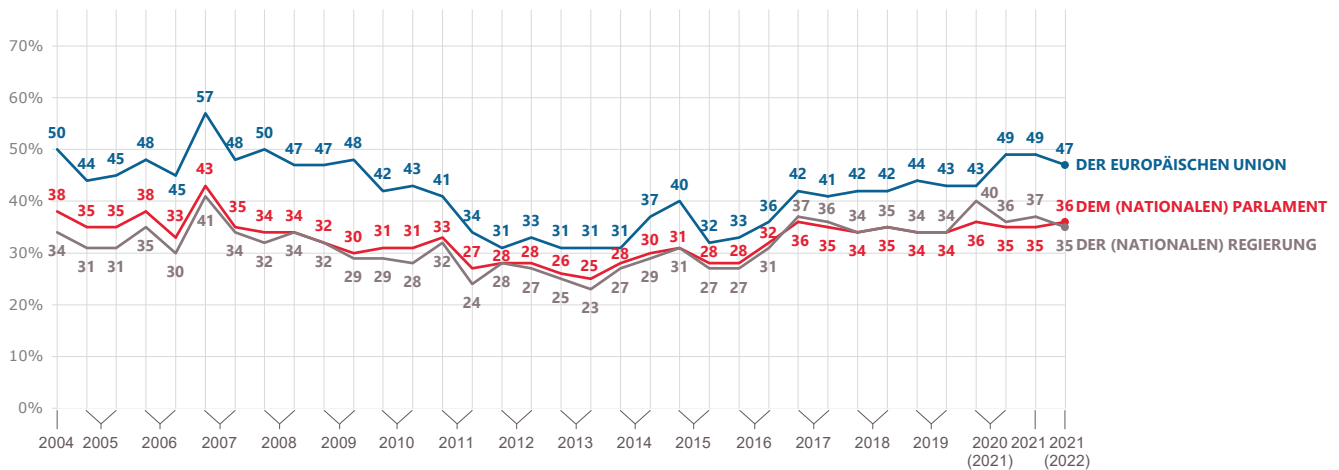


1. Vertrauen in nationale Regierungen und Parlamente sowie in die Europäische Union

Beinahe die Hälfte der Europäer hat Vertrauen in die Europäische Union (47%), wobei diesbezüglich ein Rückgang um zwei Prozentpunkte gegenüber dem Standard-Eurobarometer EB95 vom Frühjahr 2021²⁶ zu verzeichnen ist. Trotz des leichten Rückgangs ist dies der höchste erfasste Vertrauenswert seit Herbst 2009. Auch das Vertrauen in die nationalen Regierungen ist leicht gesunken (35%, -2 Prozentpunkte seit Frühjahr 2021), wohingegen das Vertrauen in die nationalen Parlamente etwas zugenommen hat (36%, +1). Die Differenz zwischen dem Vertrauen in die EU und dem Vertrauen in die nationalen Regierungen ist mit 12 Prozentpunkten nach wie vor groß.

Das Misstrauen gegenüber der Europäischen Union ist leicht gestiegen (44% „vertraue eher nicht“, +2 Prozentpunkte seit Frühjahr 2021). Gleiches gilt für das Misstrauen gegenüber den nationalen Regierungen (60%, +1). Im Gegensatz dazu ist das Misstrauen gegenüber den nationalen Parlamenten leicht zurückgegangen (58%, -1).

QA6b Wie viel Vertrauen haben Sie in bestimmte Institutionen? Geben Sie bitte für die folgenden Institutionen an, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?
(% - EU - EHER VERTRAUEN)



²⁶ <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2532>

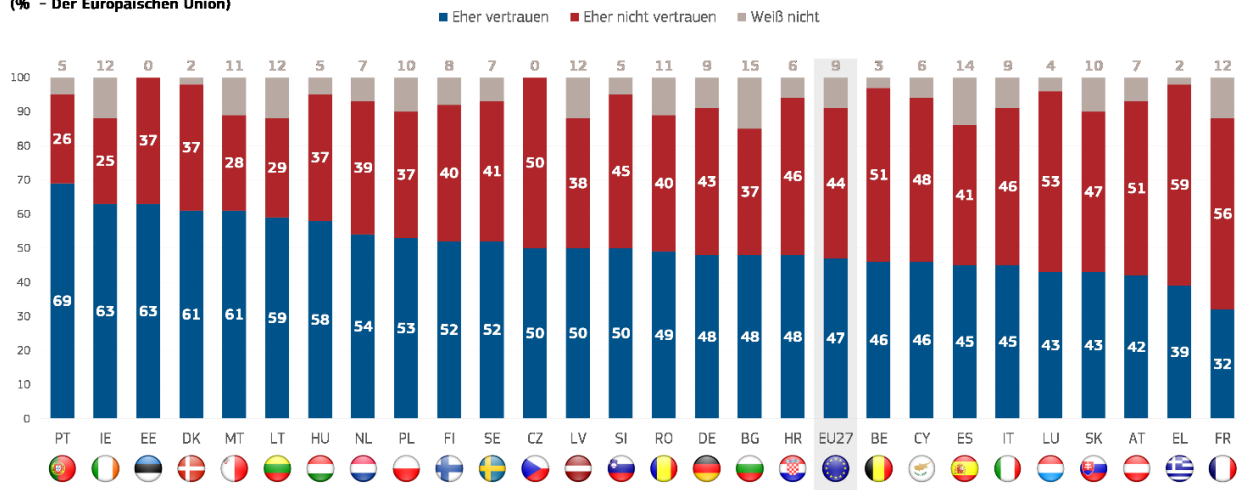
2. Vertrauen in die Europäische Union: nationale Ergebnisse und Entwicklungen

Eine Mehrheit der Befragten in 18 EU-Mitgliedstaaten hat nach eigenen Angaben Vertrauen in die EU (Rückgang gegenüber 21 Ländern im Frühjahr 2021). Die höchsten Anteile sind in Portugal (69%), Irland, Estland (jeweils 63%), Malta und Dänemark (jeweils 61%) zu verzeichnen. Darüber hinaus hat auch mindestens die Hälfte der Befragten in Litauen (59%), Ungarn (58%), den Niederlanden (54%), Polen (53%), Finnland und Schweden (jeweils 52%) sowie in Lettland und Slowenien (jeweils 50%) Vertrauen in die EU. Gleiches gilt für eine relative Mehrheit der Befragten in Rumänien (49% gegenüber 40% „eher nicht vertrauen“), Deutschland (48% gegenüber 43%), Bulgarien (48% gegenüber 37%), Kroatien (48% gegenüber 46%) und Spanien (45% gegenüber 41%). Die Befragten in Tschechien sind in diesem Punkt in zwei gleich große Gruppen geteilt (50% „eher vertrauen“ gegenüber 50% „eher nicht vertrauen“).

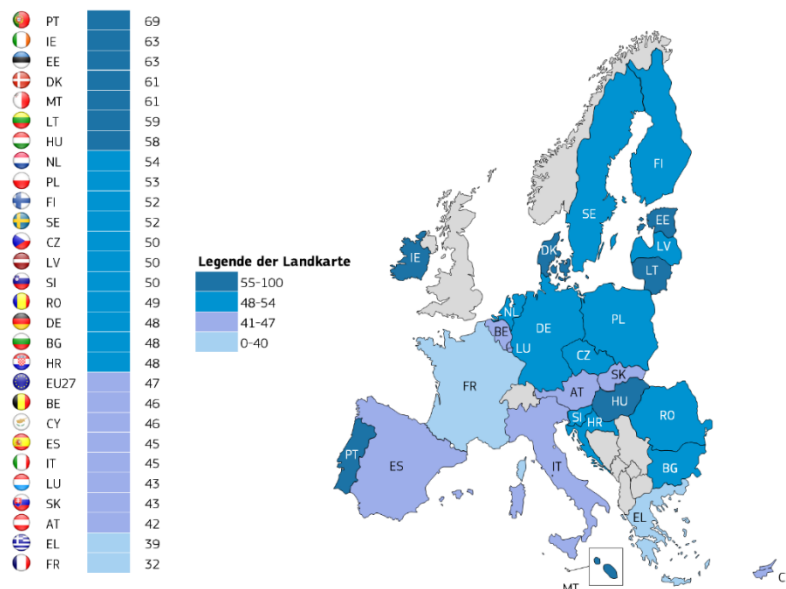
In folgenden Mitgliedstaaten sind die Befragten mehrheitlich misstrauisch gegenüber der EU: Griechenland (59% gegenüber 39% „eher vertrauen“), Frankreich (56% gegenüber 32%), Luxemburg (53% gegenüber 43%), Belgien (51% gegenüber 46%), Österreich (51% gegenüber 42%), Zypern (48% gegenüber 46%), Slowakei (47% gegenüber 43%) und Italien (46% gegenüber 45%).

Im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2021 ist das Vertrauen in die EU in 17 Mitgliedstaaten zurückgegangen, am stärksten in Litauen (59%, -10 Prozentpunkte), Spanien (45%, -9) und Irland (63%, -8). In sechs Ländern ist das Vertrauen im Vergleichszeitraum hingegen gestiegen, allen voran in den Niederlanden (54%, +5). In Estland, Dänemark, Schweden und der Slowakei haben sich die diesbezüglichen Umfragewerte nicht verändert.

QA6b.10 Wie viel Vertrauen haben Sie in bestimmte Institutionen? Geben Sie bitte für die folgenden Institutionen an, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.
(% - Der Europäischen Union)



QA6b.10 Wie viel Vertrauen haben Sie in bestimmte Institutionen? Geben Sie bitte für die folgenden Institutionen an, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.
(% - Eher vertrauen)

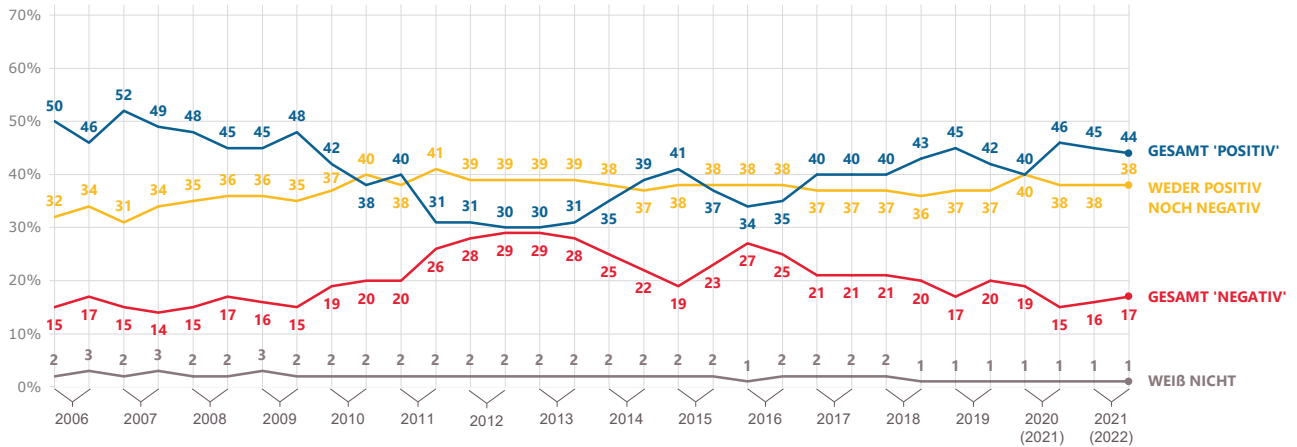


3. Das Bild der Europäischen Union

Der Anteil an Befragten, die nach eigenen Angaben ein positives Bild von der EU haben, ist seit Frühjahr 2021 um einen Prozentpunkt zurückgegangen (44%). Dennoch gibt nach wie vor eine relative Mehrheit der EU-Bürger an, ein positives Bild von der EU zu haben. Der Anteil an Befragten, die ein neutrales Bild von der EU haben, ist unverändert (38%, =).

Der Anteil derer, die ein negatives Bild von der EU haben, ist leicht gestiegen (17%, +1 Prozentpunkt), und damit aktuell auf dem gleichen Niveau wie im Frühjahr 2019, allerdings niedriger als zwischen Frühjahr 2010 und Herbst 2018.

D78 Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?
(% - EU)



4. Das Bild der Europäischen Union: Entwicklungen und nationale Ergebnisse

In 19 Mitgliedstaaten hat eine Mehrheit der Befragten ein **positives Bild von der EU** (Rückgang gegenüber 20 Ländern im Standard-Eurobarometer EB95 vom Frühjahr 2021). Die höchsten Anteile sind in Irland (71%), Portugal (62%), Polen (53%) und Dänemark (50%) zu verzeichnen.

In acht Mitgliedstaaten (Anstieg gegenüber sechs im Frühjahr 2021) haben die Befragten am ehesten ein **neutrales Bild** von der EU: Spanien (46%), Kroatien (45%), Lettland (43%), Österreich (41%), Griechenland (40%), Belgien (39%), Slowakei (38%) und Frankreich (37%).

In insgesamt neun Mitgliedstaaten (genauso viele wie im Frühjahr 2021) gibt mindestens jeder fünfte Befragte an, ein **negatives Bild** von der EU zu haben. Dies sind Tschechien (30%), Griechenland (28%), Frankreich, die Slowakei (jeweils 26%), Österreich (25%), Luxemburg, Belgien (jeweils 24%), Bulgarien (22%) und Zypern (20%).

Im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2021 ist der Anteil an Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, in 15 Mitgliedstaaten gesunken. Am stärksten zeigt sich dies in Bulgarien (47%, -11 Prozentpunkte), Litauen (49%, -8), Slowenien (47%, -6) und Spanien (40%, -6). In acht Ländern geben die Befragten hingegen aktuell eher an, ein positives Bild zu haben, allen voran in den Niederlanden (46%, +7) und Tschechien (45%, +7). In Portugal, Polen, Deutschland und Kroatien ist die öffentliche Meinung in diesem Punkt hingegen unverändert.

D78 Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?
(%)



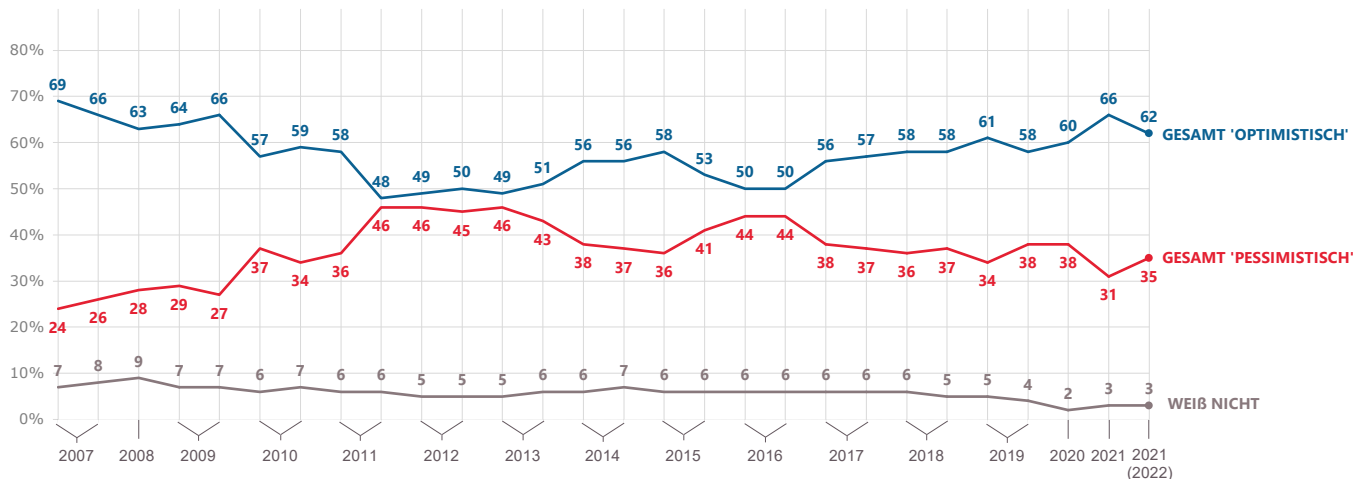
Gesamt 'Positiv'	Winter 2021/2022	44	46	45	47	50	44	71	43	42	62	53	49	44	47	35	32	48	44	41	40	34	45	37	36	47	40	49	47
	Δ Frühling 2021	▼1	▲7	▲7	▲5	▲4	▲3	▲1	▲1	▲1	=	=	=	=	▼1	▼1	▼1	▼2	▼2	▼2	▼3	▼3	▼4	▼4	▼5	▼6	▼6	▼8	▼11
Weder positiv noch negativ	Winter 2021/2022	38	35	25	34	34	36	23	39	41	30	37	38	45	40	38	40	35	32	40	43	41	43	39	37	40	46	43	30
	Δ Frühling 2021	=	▼5	▼12	▼1	▼5	▼6	▲1	▲4	▼2	▲1	▼2	▲2	▼2	=	▼2	▲3	▲1	▼4	▼2	▲1	▲4	▲1	▲5	=	▲4	▲4	▲12	▲4
Gesamt 'Negativ'	Winter 2021/2022	17	19	30	19	16	20	6	17	17	8	10	13	11	13	26	28	17	24	18	16	25	10	24	26	13	13	8	22
	Δ Frühling 2021	▲1	▼2	▲5	▼4	▲2	▲3	▼2	▼6	▲2	=	▲2	▼2	▲2	▲1	▲2	▼2	▲1	▲6	▲4	▲1	=	▲2	▼1	▲5	▲2	▲2	▼4	▲9
Weiß nicht	Winter 2021/2022	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	2	0	1	0	1	0	1
	Δ Frühling 2021	=	=	=	=	▼1	=	=	▲1	▼1	▼1	=	=	=	=	▲1	=	=	=	=	▲1	▼1	▲1	=	=	=	=	=	▼2

5. Die Zukunft der Europäischen Union

Der Optimismus bezüglich der Zukunft der EU ist seit Frühjahr 2021 zurückgegangen (62%, -4 Prozentpunkte). Damit ist der Optimismus fast in dem gleichen Maße gesunken, wie dieser zwischen Sommer 2020 und Frühjahr 2021 gestiegen war.

Dennoch ist der Anteil derjenigen, die die Zukunft der EU optimistisch sehen, nach wie vor auf dem zweithöchsten Stand seit Herbst 2009. Lediglich etwas mehr als ein Drittel der Befragten sieht die Zukunft der EU nach eigenen Angaben pessimistisch (35%, +4).

QA10 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen? (% - EU)



6. Die Zukunft der Europäischen Union: nationale Ergebnisse

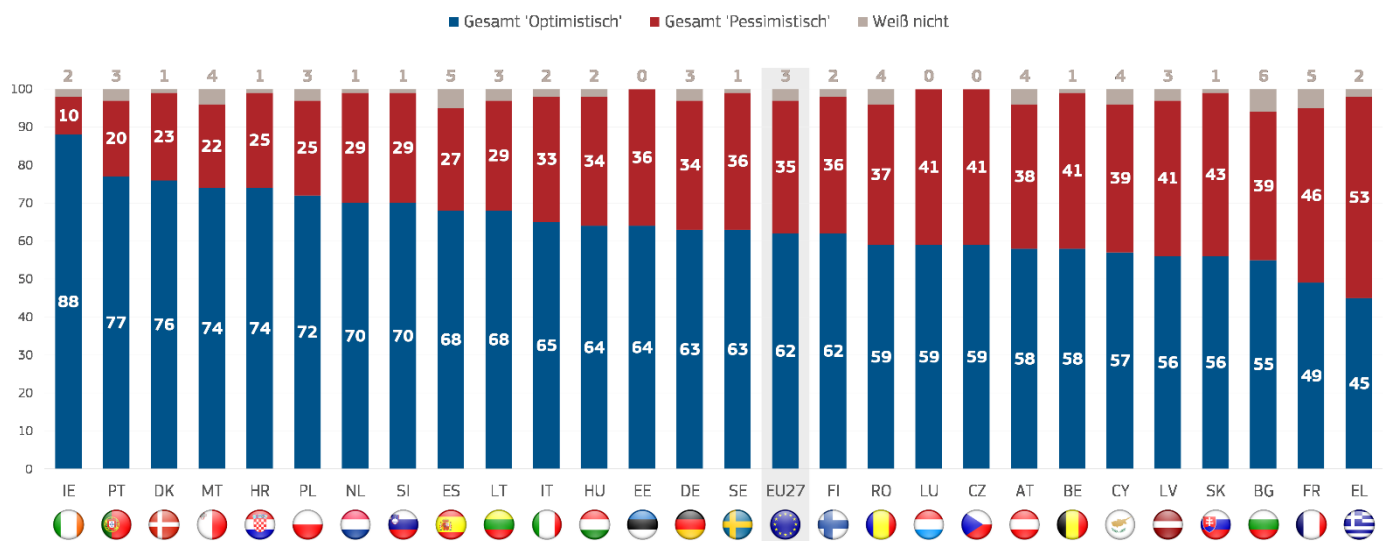
In 26 Mitgliedstaaten blicken die Befragten mehrheitlich optimistisch in die Zukunft der EU. Die höchsten Anteile an Optimisten gibt es in Irland (88%), Portugal (77%) und Dänemark (76%), aber auch in Kroatien, Malta (jeweils 74%), Polen (72%), den Niederlanden und Slowenien (jeweils 70%) sind mindestens sieben von zehn Befragten in diesem Punkt optimistisch.

Griechenland ist genau wie im Frühjahr 2021 der einzige Mitgliedstaat, in dem eine Mehrheit die Zukunft der EU pessimistisch sieht (53% gegenüber 45% „optimistisch“).

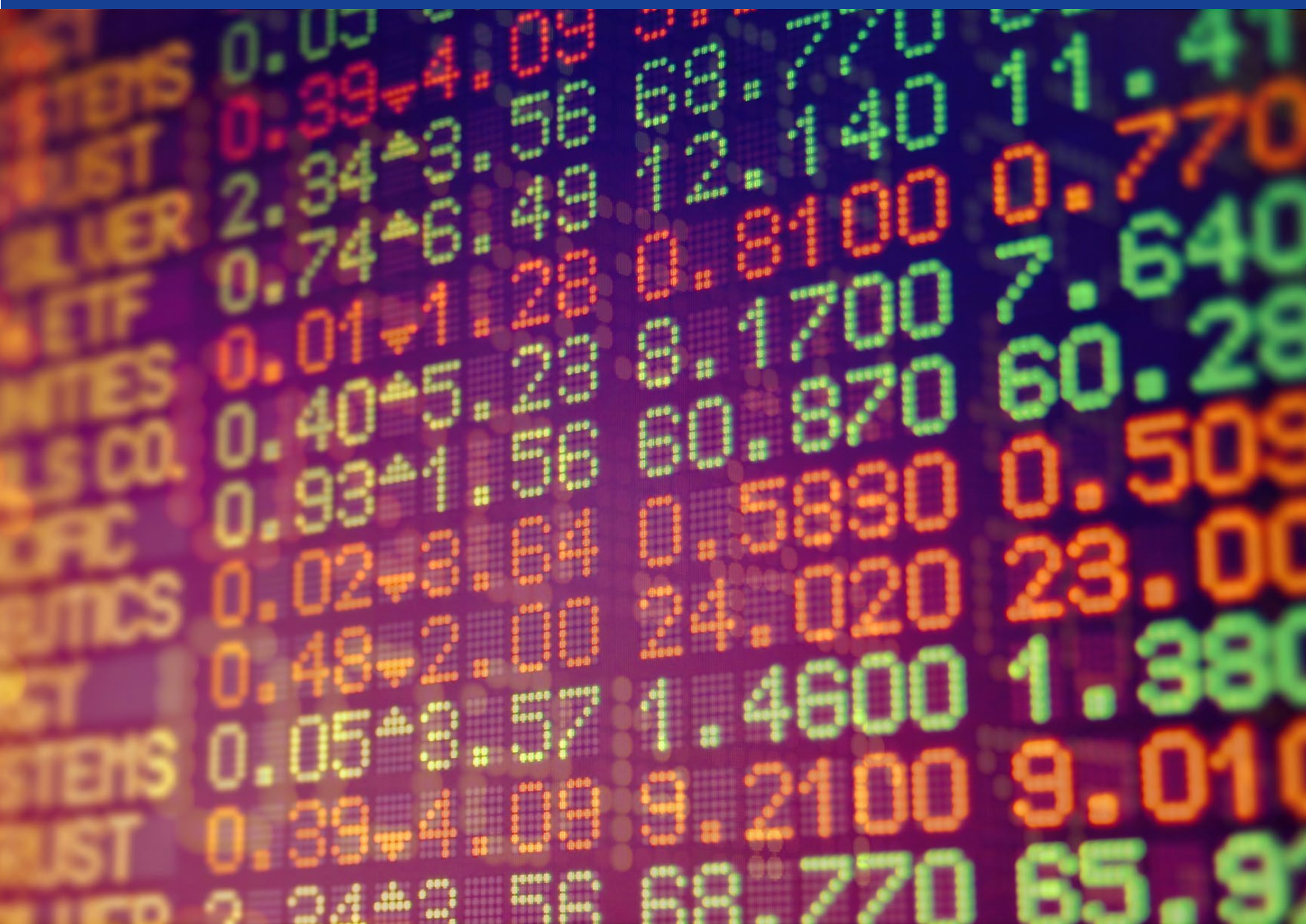
Im Vergleich zur Befragung vom Frühjahr 2021 ist der Optimismus mit Blick auf die Zukunft der EU in 20 Mitgliedstaaten zurückgegangen. An der Spitze dieser Gruppe stehen Rumänien (59%, -11 Prozentpunkte), Bulgarien (55%, -9) und Polen (72%, -7). Lediglich in sechs Mitgliedstaaten ist eine Zunahme des Optimismus zu beobachten: Niederlande (70%, +5), Irland (88%, +3), Schweden (63%, +3), Finnland (62%, +2) Portugal (77%, +1) und Dänemark (76%, +1).

Die öffentliche Meinung in Griechenland ist diesbezüglich unverändert.

QA10 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen? (%)



II. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

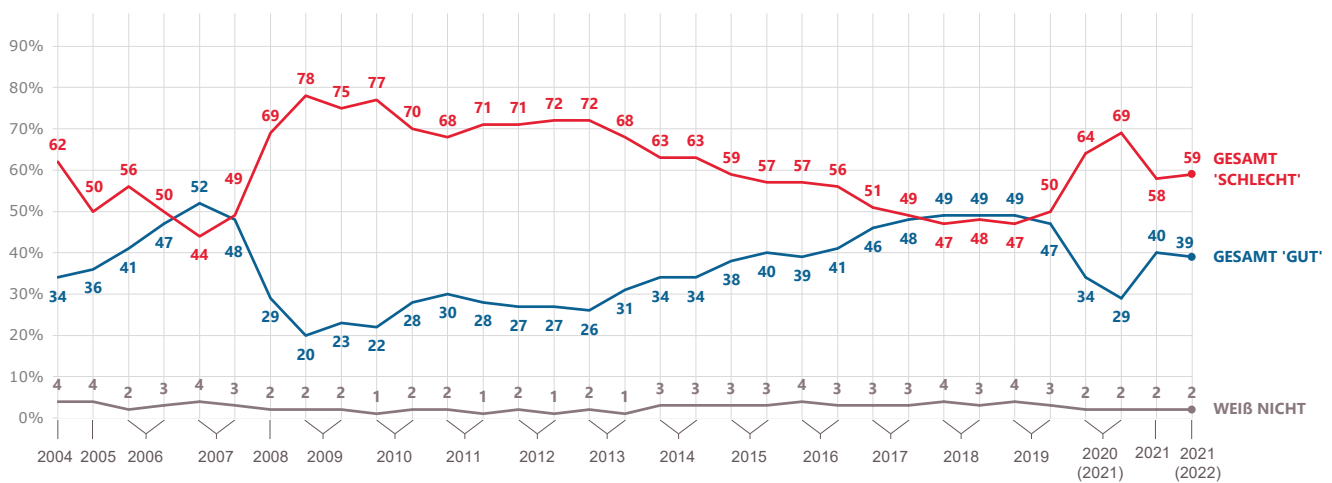


1. Die gegenwärtige Lage der nationalen Wirtschaft: Trend, nationale Ergebnisse und Entwicklung

Die Wahrnehmung der Lage der nationalen Wirtschaft hat sich seit Frühjahr 2021 etwas verschlechtert. Aktuell beschreiben 39% der EU-Bürger die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als „gut“ (-1 Prozentpunkt). Obwohl dieser Wert höher ist als 2020, bleibt er unter den Werten, die zwischen Herbst 2016 und Herbst 2019 zu verzeichnen waren.

Im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2021 ist der Anteil an Befragten, die die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als „schlecht“ wahrnehmen, leicht gestiegen, und zwar um einen Prozentpunkt auf aktuell 59%. Damit wird die nationale Wirtschaftslage im EU-Durchschnitt weiterhin mehrheitlich als schlecht wahrgenommen.

QA1.2 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft (% - EU)



Standard-Eurobarometer 96 Winter 2021/2022

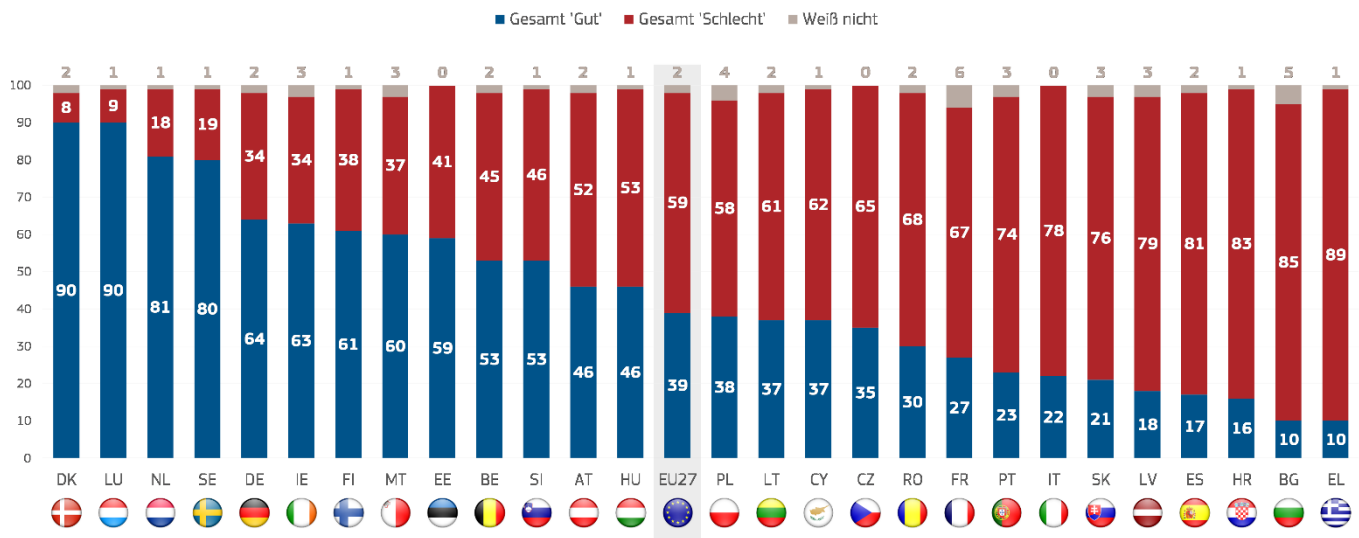
Im Ländervergleich zeigen sich erhebliche Unterschiede, was die Wahrnehmung der jeweiligen Lage der nationalen Wirtschaft betrifft. So reichen die Anteile derer, die die Situation als gut wahrnehmen, von 90% in Dänemark und Luxemburg bis 10% in Bulgarien und Griechenland.

In 11 Mitgliedstaaten nimmt die Mehrheit der Befragten die wirtschaftliche Lage im eigenen Land als gut wahr (Rückgang gegenüber 12 Ländern im Frühjahr 2021), wobei die höchsten Anteile in Dänemark, Luxemburg (jeweils 90%), den Niederlanden (81%) und Schweden (80%) zu verzeichnen sind. Im Gegensatz dazu teilen in Griechenland und Bulgarien nur jeweils 10% diese Einschätzung und in Kroatien sind es 16%.

Beim Blick auf den Trend seit Frühjahr 2021 zeigt sich ein heterogenes Bild. In 12 Mitgliedstaaten ist die positive Wahrnehmung der nationalen Wirtschaftslage aktuell weiter verbreitet, wobei Portugal (23%, +12 Prozentpunkte) das einzige Land mit einem Zuwachs von mehr als zehn Prozentpunkten ist. In 13 Ländern ist hingegen ein Rückgang derer zu sehen, die die wirtschaftliche Lage in ihrem Land als gut bewerten. Dies trifft insbesondere auf Litauen (37%, -18), Belgien (53%, -13) und Estland (59%, -10) zu. In Kroatien und Tschechien ist die öffentliche Meinung unverändert.

In Litauen wird die Lage der nationalen Wirtschaft aktuell von der Mehrheit als schlecht beurteilt.

QA1.2 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?
(% – Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft)



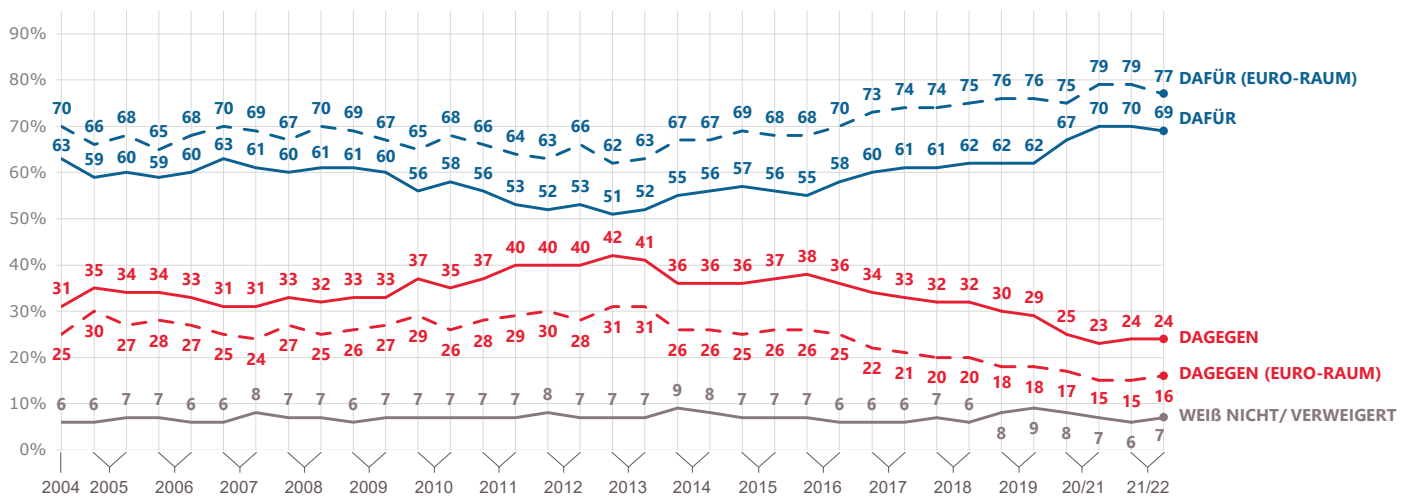
2. Befürwortung des Euro: Trend und nationale Ergebnisse

Die Befürwortung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung ist seit Frühjahr 2021 leicht gesunken (69%, -1 Prozentpunkt), aber nach wie vor auf dem zweithöchsten jemals gemessenen Stand. Etwas weniger als ein Viertel der EU-Bürger ist indes „gegen“ eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung (24%, =). Dies ist der zweitniedrigste Ablehnungswert seit 2004.

Im Euroraum hat die Befürwortung des Euro leicht nachgelassen 77% (-2 Prozentpunkte), während der Anteil derer, die gegen den Euro sind, leicht gestiegen ist (16%, +1).

QB3.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie für jede Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro (% - EU)



Standard-Eurobarometer 96 Winter 2021/2022

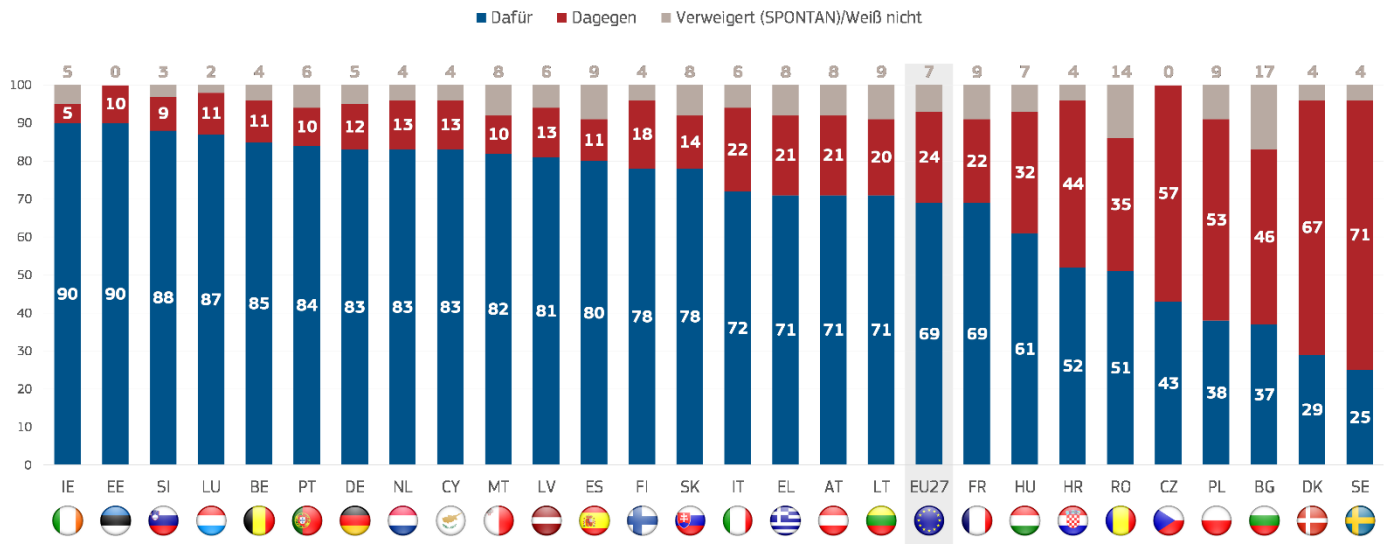
Die Mehrheit der Befragten in 22 Mitgliedstaaten ist für eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung (unverändert gegenüber Frühjahr 2021). Am stärksten ist die Befürwortung in Estland und Irland (jeweils 90%). Darüber hinaus sind aber auch mindestens acht von zehn Befragten in Slowenien (88%), Luxemburg (87%), Belgien (85%), Portugal (84%), Deutschland, Zypern, den Niederlanden (jeweils 83%), Malta (82%), Lettland (81%) und Spanien (80%) für eine Wirtschaftsunion und eine gemeinsame Währung.

Zudem ist auch die Mehrheit der Befragten in Ungarn (61%), Kroatien (52%) und Rumänien (51%) für eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung, obwohl diese Länder nicht Teil des Euroraums sind.

In insgesamt fünf Ländern, die nicht Teil des Euroraums sind, ist eine Mehrheit der Befragten gegen den Euro. Dies sind Schweden (71%), Dänemark (67%), Tschechien (57%), Polen (53%) und Bulgarien (46% gegenüber 37% „dafür“).

Im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2021 hat die Befürwortung des Euro in 15 Mitgliedstaaten nachgelassen. An der Spitze dieser Gruppe befinden sich Litauen (71%, -12 Prozentpunkte), Belgien (85%, -7), Spanien (80%, -6) und Ungarn (61%, -6). Im Gegensatz dazu hat die Befürwortung in 11 Ländern zugenommen, vor allem in Tschechien (43%, +10), Zypern (83%, +9) und Kroatien (52%, +7). Die öffentliche Meinung in Irland ist diesbezüglich unverändert.

QB3.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie für jede Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.
(% – Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro)



3. Meinung zu den Auswirkungen des Euro

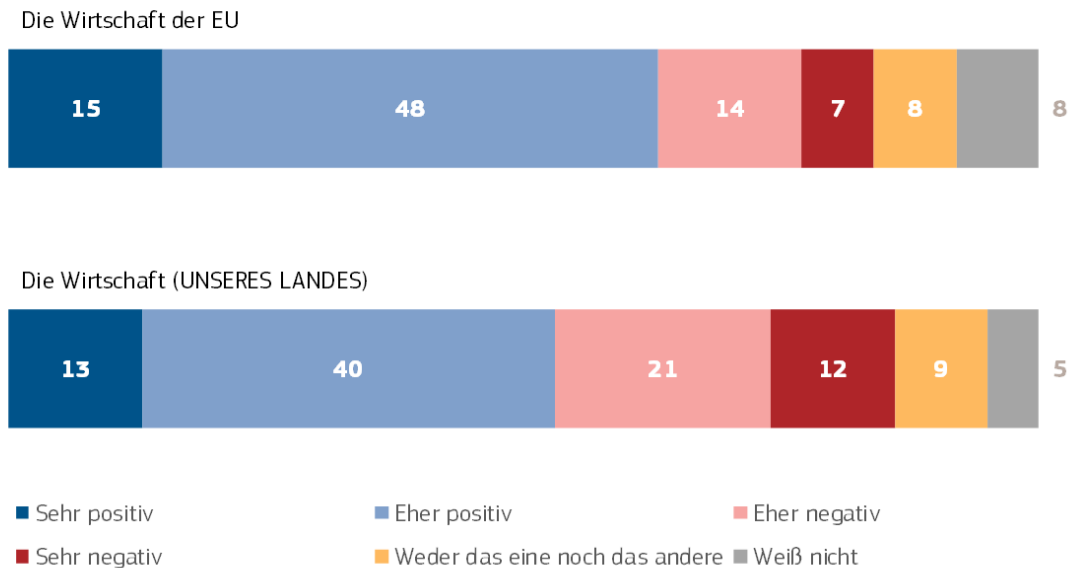
Die Befragten, die in den Ländern des Euroraums leben, wurden anlässlich des 20. Jahrestages der Einführung des Euro gefragt, wie sie die Auswirkungen des Euro auf die Wirtschaft der EU und auf die Wirtschaft in ihrem Land sehen.²⁷

Die Bürger in diesen Ländern sehen die Auswirkungen des Euro auf die europäische Wirtschaft positiver als die Auswirkungen auf die jeweilige nationale Wirtschaft.

Die Mehrheit der Befragten (63%) ist der Meinung, dass der Euro in den letzten 20 Jahren positiv für die Wirtschaft der EU gewesen ist, wovon 15% angeben, dass der Euro „sehr positiv“ gewesen ist, und 48%, dass der Euro „eher positiv“ gewesen ist. Etwas mehr als jeder fünfte Befragte ist der Ansicht (21%), dass der Euro negativ für die Wirtschaft der EU gewesen ist: 7% antworten „sehr negativ“ und 14% antworten „eher negativ“. Fast jeder zehnte Befragte (8%) antwortet, dass der Euro weder positiv noch negativ gewesen ist, und 8% antworten „weiß nicht“.

Die Auswirkungen des Euro auf die nationale Wirtschaft im Laufe der letzten 20 Jahre werden von einer Mehrheit der Befragten (53%) als positiv wahrgenommen: 13% antworten, dass der Euro „sehr positiv“ gewesen ist, und 40%, dass der Euro „eher positiv“ gewesen ist. Ein Drittel (33%) sieht die Auswirkungen negativ: 12% „sehr negativ“ und 21% „eher negativ“. Fast jeder zehnte Befragte (9%) antwortet „weder das eine noch das andere“ und 5% sagen „weiß nicht“.

QB8 Im Jahr 2022 ist der 20. Jahrestag der Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen in den Ländern, die damals zum Euroraum gehörten. Würden Sie sagen, dass der Euro während dieses Zeitraums sehr positiv, eher positiv, eher negativ, sehr negativ oder weder das eine noch das andere für ... gewesen ist? (% - EU)



Basis: Befragte aus dem Euroraum

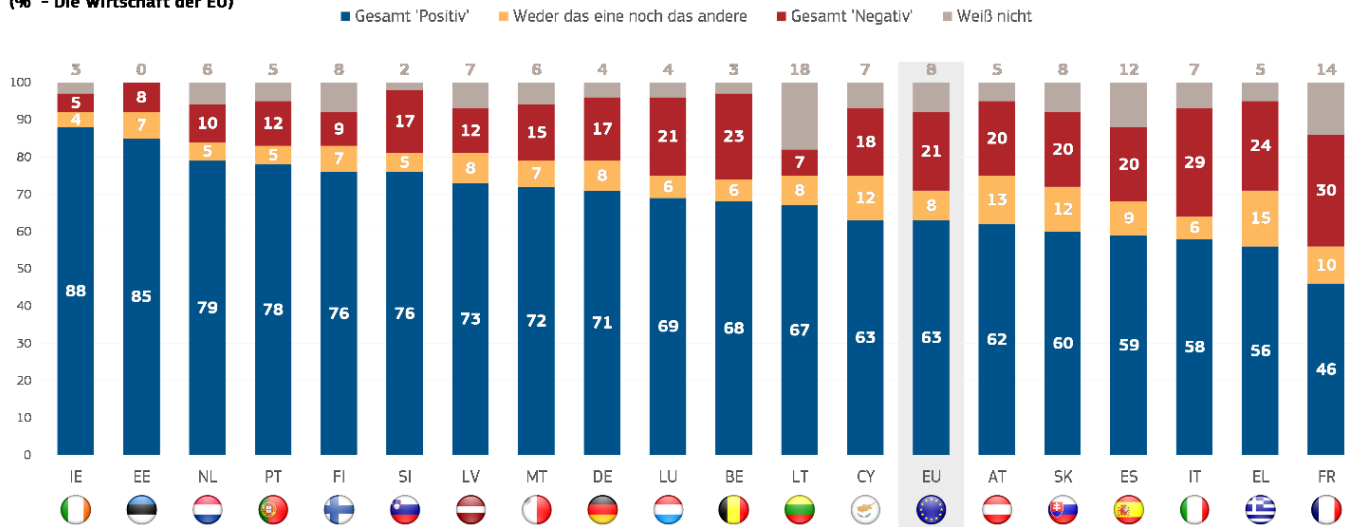
²⁷ Diese Frage wurde nur den Befragten gestellt, die im Euroraum leben (19 Länder)

4. Meinung zu den Auswirkungen des Euro: nationale Ergebnisse

In allen Ländern des Euroraums ist eine Mehrheit der Bürger der Meinung, dass der Euro seit seiner Einführung vor 20 Jahren positiv für die europäische Wirtschaft gewesen ist. Am weitesten verbreitet ist diese Ansicht in Irland (88%), Estland (85%), den Niederlanden (79%) und Portugal (78%), aber auch in Frankreich sind 46% dieser Meinung (gegenüber 30% „negativ“). In Griechenland sind es 56% und in Italien 58%.

Mindestens jeder zehnte Befragte in Griechenland (15%), Österreich (13%), Zypern, der Slowakei (jeweils 12%) und Frankreich (10%) gibt an, dass die Auswirkungen weder positiv noch negativ gewesen sind, während mindestens jeder zehnte Befragte in Litauen (18%), Frankreich (14%) und Spanien (12%) angibt, dies nicht zu wissen.

Q88.2 Im Jahr 2022 ist der 20. Jahrestag der Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen in den Ländern, die damals zum Euroraum gehörten. Würden Sie sagen, dass der Euro während dieses Zeitraums sehr positiv, eher positiv, eher negativ, sehr negativ oder weder das eine noch das andere für ... gewesen ist?
(% - Die Wirtschaft der EU)

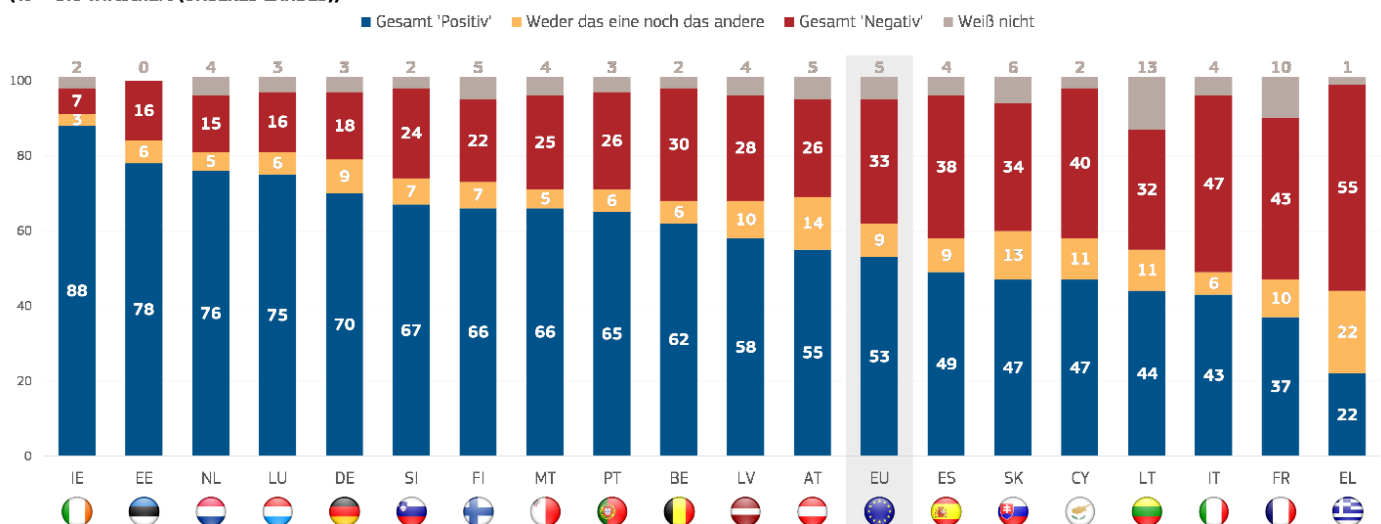


Basis: Befragte aus dem Euroraum

Die Mehrheit der Befragten in 16 Ländern hält die Auswirkungen des Euro auf die nationale Wirtschaft für positiv. Die höchsten Anteile finden sich in Irland (88%), Estland (78%), den Niederlanden (76%) und Luxemburg (75%). Mehrheitlich „positiv“ sehen dies auch die Befragten in Litauen (44% gegenüber 32% „negativ“), Zypern (47% gegenüber 40%), der Slowakei (47% gegenüber 34%) und Spanien (49% gegenüber 38%).

Eine mehrheitlich negative Wahrnehmung ist in Griechenland (55% gegenüber 22% „positiv“), Italien (47% gegenüber 43%) und Frankreich (43% gegenüber 37% „positiv“) zu beobachten.

Q88.1 Im Jahr 2022 ist der 20. Jahrestag der Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen in den Ländern, die damals zum Euroraum gehörten. Würden Sie sagen, dass der Euro während dieses Zeitraums sehr positiv, eher positiv, eher negativ, sehr negativ oder weder das eine noch das andere für ... gewesen ist?
(% - Die Wirtschaft (UNSERES LANDES))



Basis: Befragte aus dem Euroraum

III. DIE DRINGLICHSTEN SORGEN DER EUROPÄER



1. Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: Trend

Umwelt und Klimawandel stehen aktuell auf Platz eins der wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht (26%, +1 Prozentpunkt). Im Frühjahr 2021 lag dieses Thema noch auf Platz zwei.

Ein deutlicher Anstieg ist beim Anteil an Befragten zu verzeichnen, die **steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten** nennen. Dieses Item ist von Platz sechs in der Umfrage vom Frühjahr 2021 auf Platz zwei vorgerückt (24%, +12). Das Thema **Einwanderung** steht weiter an dritter Stelle (22%, -3).

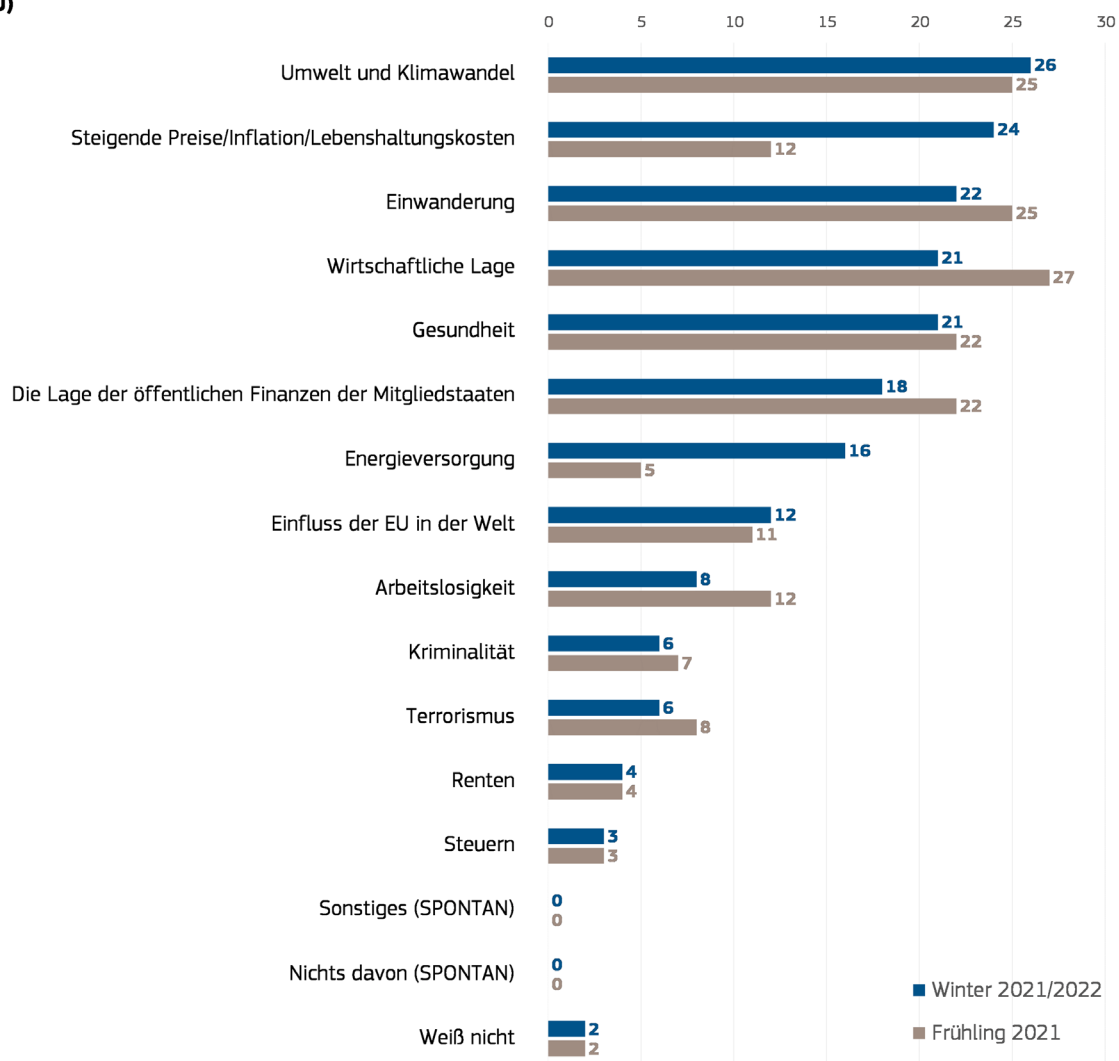
Die **wirtschaftliche Lage** ist von Platz eins im Frühjahr 2021 auf Rang vier gefallen (21%, -6). Dieser Rückgang entspricht nahezu dem Zuwachs, der zwischen Winter 2020/2021 und Frühjahr 2021 beobachtet werden konnte. Ebenfalls an vierter Stelle steht das Thema **Gesundheit** (21%, -1).

Die **Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten** ist von Rang vier auf Rang sechs gefallen (18%, -4). Der Anteil an Befragten, die in diesem Zusammenhang die **Energieversorgung** nennen, ist im Vergleich zum Frühjahr 2021 deutlich gestiegen. Damit liegt diese Sorge aktuell an siebenter Stelle (16%, +11). Zuvor war es Rang elf. Bei diesem Thema ist der zweitgrößte Zuwachs zu verzeichnen.

Der **Einfluss der EU in der Welt** rangiert auf Platz acht (12%, +1) und das Thema **Arbeitslosigkeit**, das im Frühjahr 2021 an sechster Stelle stand, liegt aktuell auf Rang neun (8%, -4).

Die vier anderen Themen werden von jeweils weniger als jedem zehnten Befragten genannt: **Kriminalität** (6%, -1), **Terrorismus** (6%, -2), **Renten** (4%, =) und **Steuern** (3%, =).

Q45 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 ANTWORTEN) (% - EU)



2. Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: nationale Ergebnisse

Umwelt und Klimawandel stehen EU-weit auf Platz eins der wichtigsten Probleme, denen die EU aktuell gegenübersteht, und befinden sich auch in 16 Mitgliedstaaten unter den ersten drei der wichtigsten Probleme.

EU-weit geben 26% der Befragten an, dass **Umwelt und Klimawandel** das derzeit wichtigste Problem sind. Auch in neun Mitgliedstaaten (unverändert gegenüber Frühjahr 2021) steht dieses Thema auf Platz eins der am häufigsten genannten Probleme. Die höchsten Anteile sind in Dänemark (53%), Schweden (52%) und den Niederlanden (50%) zu beobachten. In Irland (29%) und Portugal (25%) liegt dieses Thema auf Platz zwei. So auch in Luxemburg, dort aber gemeinsam mit Einwanderung (jeweils 28%). In Ungarn und Slowenien (jeweils 22%) stehen Umwelt und Klimawandel auf Platz drei der größten Probleme auf EU-Ebene. Das trifft auch auf zwei weitere Mitgliedstaaten zu, wo das Thema Einwanderung aber ebenfalls an dritter Stelle rangiert: Tschechien (jeweils 25%) und Estland (jeweils 26%).

Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten werden EU-weit von 24% der Befragten genannt und stehen damit an zweiter Stelle. In sechs Mitgliedstaaten (Anstieg von 0 im Frühjahr 2021) ist dieses Item das am häufigsten genannte Problem. Die im Ländervergleich höchsten Anteile sind in Tschechien (35%), Kroatien (33%), Irland und Lettland (jeweils 32%) zu verzeichnen. In Tschechien belegt dieses Thema trotz dieses hohen Anteils an Nennungen jedoch nur Platz zwei, und zwar hinter dem Aspekt der Energieversorgung. In sechs Mitgliedstaaten sind steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten das am zweithäufigsten genannte Problem, dem die EU gegenübersteht, darunter in Tschechien, Estland (30%) und Deutschland (29%). In Malta (26%), Italien (25%), Rumänien und Belgien (jeweils 21%) rangiert dieses Thema auf Platz drei. Dies gilt auch für Portugal, dort aber gemeinsam mit Einwanderung und der wirtschaftlichen Lage (jeweils 20%).

Das Thema **Einwanderung** liegt mit EU-weit 22% der Nennungen auf Platz drei der wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht. In Zypern (61%), Litauen (34%) und Ungarn (33%) ist dies die am häufigsten genannte Problematik. In sieben weiteren Mitgliedstaaten ist dies das am zweithäufigsten genannte Problem, wobei die höchsten Anteile in den Niederlanden (33%), Dänemark, Luxemburg und Malta (jeweils 28%) zu verzeichnen sind. In insgesamt neun Ländern steht dieses Thema auf Platz drei, darunter in Lettland (28%), Frankreich (25%) und Griechenland (24%). In Bulgarien liegt die Einwanderung ebenfalls an dritter Stelle, allerdings gleichauf mit der wirtschaftlichen Lage (jeweils 25%), während in Estland und Tschechien Umwelt und Klimawandel gemeinsam mit Einwanderung auf Platz drei stehen. In Portugal finden sich neben Einwanderung auch die wirtschaftliche Lage sowie steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten auf Platz drei (jeweils 20%).

Die wirtschaftliche Lage und Gesundheit liegen im EU-Durchschnitt mit jeweils 21% der Nennungen gemeinsam auf Platz vier. In Spanien belegt die Sorge um die **wirtschaftliche Lage** Platz eins (im Frühjahr 2021 galt dies für drei Länder) und jeweils Platz zwei in Italien (30%), Österreich (25%) und Rumänien (22%). An dritter Stelle steht die wirtschaftliche Lage in der Slowakei (25%), in Kroatien (23%), Zypern (19%) und Litauen (17%). In Bulgarien liegt dieses Item gemeinsam mit Einwanderung auf Platz drei (jeweils 25%) und in Portugal gemeinsam mit steigenden Preisen/Inflation/Lebenshaltungskosten und Einwanderung (jeweils 20%).

In sechs Ländern steht das Thema **Gesundheit** nach Meinung der Befragten an erster Stelle der wichtigsten Probleme, denen die EU gegenübersteht, darunter in Griechenland (38%), Slowenien und Bulgarien (jeweils 35%). Gleiches gilt für Portugal, dort aber gemeinsam mit der Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten (26%). In Zypern (32%), Kroatien (27%) und Spanien (25%) liegt dieses Thema an zweiter Stelle und in Polen und Österreich an dritter (jeweils 23%).

Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten ist nach Meinung der Befragten in Portugal gemeinsam mit dem Thema Gesundheit das derzeit wichtigste Problem auf EU-Ebene (jeweils 26%). In Finnland (31%), Griechenland (27%), der Slowakei (26%) und Ungarn (24%) belegt dieses Thema Platz zwei und in Deutschland (22%) und Luxemburg (18%) Platz drei.

Die **Energieversorgung** liegt im EU-Durchschnitt auf Rang sieben, in Estland (47%) und Tschechien (42%) hingegen auf Platz eins. In Schweden und Lettland findet sich dieses Thema an zweiter Stelle (jeweils 30%) und in Dänemark (23%) und Irland (20%) an dritter.

Der Einfluss der EU in der Welt rangiert insgesamt auf Rang acht und ist das einzige weitere Thema, das auf Länderebene unter den ersten drei Problemen zu finden ist, die nach Ansicht der Befragten zu den aktuell dringlichsten Herausforderungen auf EU-Ebene gehören. In Finnland (27%) und den Niederlanden (23%) belegt dieses Thema Rang drei.

Standard-Eurobarometer 96 Winter 2021/2022

QA5 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 ANTWORTEN)
(%)

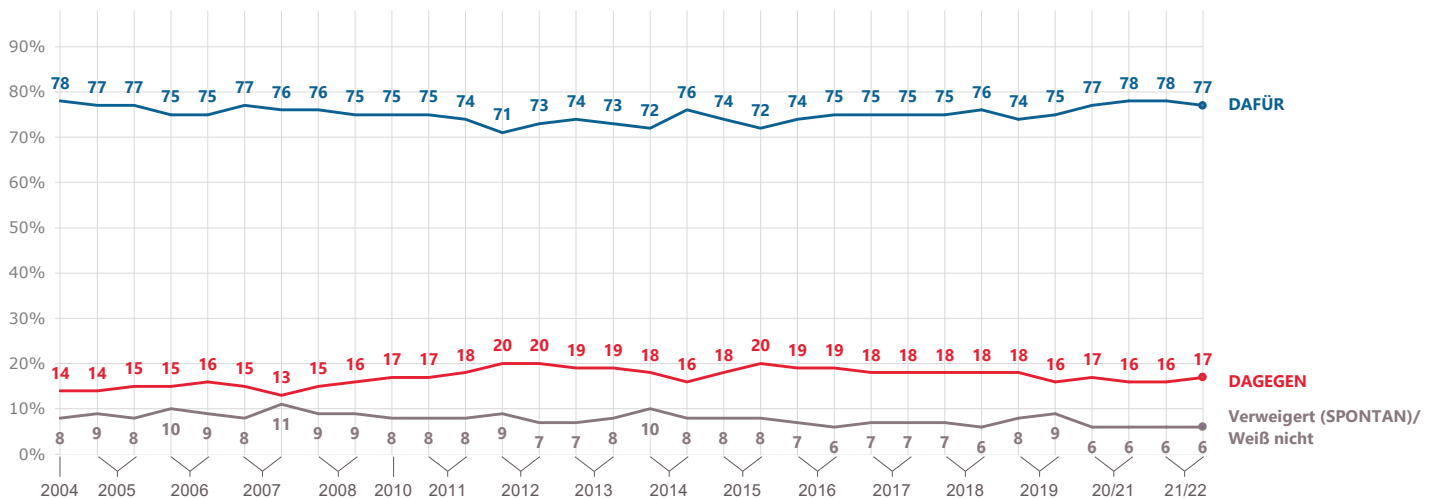
																												
Umwelt und Klimawandel	26	36	9	25	53	37	26	29	15	15	29	17	17	14	12	14	28	22	35	50	30	14	25	15	22	13	33	52
Steigende Preise / Inflation / Lebenshaltungskosten	24	21	26	35	21	29	30	32	16	18	27	33	25	9	32	26	30	20	26	15	22	29	20	21	21	31	18	9
Einwanderung	22	23	25	25	28	20	26	17	24	20	25	16	16	61	28	34	28	33	28	33	19	24	20	11	23	21	22	23
Wirtschaftliche Lage	21	19	25	18	14	15	13	16	21	28	17	23	30	19	24	17	15	18	23	14	25	19	20	22	16	25	20	15
Gesundheit	21	16	35	9	7	13	15	18	38	25	19	27	33	32	12	12	15	20	21	10	23	23	26	28	35	18	10	6
Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	18	15	8	16	10	22	11	11	27	17	10	22	17	6	11	13	18	24	19	17	15	20	26	16	14	26	31	12
Energieversorgung	16	20	20	42	23	16	47	20	10	14	11	16	16	3	30	12	17	14	5	20	14	12	7	15	20	12	15	30
Einfluss der EU in der Welt	12	15	11	19	20	18	21	10	17	8	11	12	4	3	10	15	17	12	9	23	11	11	8	8	15	13	27	19
Arbeitslosigkeit	8	6	5	0	3	3	1	10	12	17	7	6	21	11	5	4	7	4	6	1	10	4	6	5	4	5	2	5
Kriminalität	6	9	5	2	4	6	2	8	5	4	11	8	3	14	3	4	7	7	5	3	9	4	3	11	5	8	6	13
Terrorismus	6	6	5	4	8	5	5	11	6	3	9	7	3	10	8	9	4	10	3	6	6	7	8	10	5	8	7	9
Renten	4	4	2	0	0	3	0	3	1	4	6	4	5	2	2	2	4	4	1	1	5	6	3	7	2	4	2	1
Steuern	3	4	1	0	1	1	1	5	1	4	1	3	4	2	5	6	2	2	2	1	3	5	4	6	2	2	2	1
Sonstiges (SPONTAN)	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0
Nichts davon (SPONTAN)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Weiß nicht	2	0	5	0	1	1	0	0	1	6	4	0	1	3	3	5	0	1	5	0	1	2	4	3	2	1	1	0
DAS AM HÄUFIGSTEN GENANNTTE ITEM																												
DAS AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTTE ITEM																												
DAS AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTTE ITEM																												

3. Unterstützung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten: Trend

Mehr als drei Viertel der Europäer (77%) befürworten „eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten“. Seit der Einführung der Frage im Herbst 2004 erreichte die Unterstützung für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Winter 2020-2021 und im Frühjahr 2021 ihre höchsten Werte. In der aktuellen Umfrage vom Winter 2020-2021 ist sie zwar leicht um einen Prozentpunkt zurückgegangen, denn diese Politik bleibt auf hohem Niveau.

Unterdessen unterstützen 17% (+1) der Befragten die Idee einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten nicht, und 6% (=) gaben keine Antwort oder antworteten mit „Weiß nicht“.

QB6.2 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie für jede Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.
Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten (% - EU)



4. Unterstützung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten: Entwicklungen und nationale Ergebnisse

In allen EU-Mitgliedstaaten (unverändert seit Frühjahr 2021) befürwortet eine Mehrheit der Befragten eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten. Die höchsten Anteile sind in Zypern (95%), Litauen (89%) und Estland (87%) zu verzeichnen. Am anderen Ende der Skala ist die Unterstützung in Schweden (58%) und Österreich (61%) am geringsten, wobei Österreich der einzige Mitgliedstaat ist, in dem weniger als sechs von zehn Befragten eine solche Politik befürworten.

Schweden (38%) und Österreich (33%) sind die einzigen beiden Mitgliedstaaten, in denen mindestens ein Drittel der Befragten diese Politik nicht befürwortet.

In 11 Mitgliedstaaten (gegenüber neun in der vorherigen Umfrage) hat die Unterstützung für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik seit Frühjahr 2021 an Boden gewonnen. Dies gilt insbesondere für Irland (75 %, +9) und Zypern (95%), und Kroatien (79%) (beide +5). In Estland (87%), Deutschland (83%) und Griechenland (79%) sind die Anteile unverändert geblieben.

Andererseits ist die Unterstützung in 13 Mitgliedstaaten zurückgegangen, insbesondere in der Slowakei (73%, -7), Frankreich (68%, -6) und Belgien (86%, -5).

QB6.2 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie für jede Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.
Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten (%)



		EU27	IE	HR	CY	PT	RO	CZ	IT	MT	LU	NL	PL	DE	EE	EL	LT	BG	LV	HU	AT	DK	ES	FI	SI	SE	BE	FR	SK
Dafür	Winter 2021/2022	77	75	79	95	77	71	86	78	76	85	83	77	83	87	79	89	68	80	73	61	68	81	70	81	58	86	68	73
	Δ Frühling 2021	▼1	▲9	▲5	▲5	▲4	▲4	▲3	▲3	▲3	▲2	▲2	▲2	=	=	=	▼1	▼2	▼2	▼2	▼2	▼3	▼3	▼3	▼4	▼4	▼5	▼6	▼7
Dagegen	Winter 2021/2022	17	15	17	3	13	19	14	16	16	13	14	19	12	13	19	7	19	14	21	33	30	9	23	14	38	11	21	18
	Δ Frühling 2021	▲1	▼19	▼4	▼1	▼5	▼5	▼1	▼5	▲3	▲2	▼4	▲1	▲1	=	=	▼3	▲3	=	▲1	▲3	▲6	▲1	▼4	▲1	▲1	▲3	▲5	▲3
Verweigert (SPONTAN)	Winter 2021/2022	1	2	2	1	1	4	0	2	1	0	1	2	1	0	1	1	2	1	2	3	0	2	0	2	1	1	0	3
	Δ Frühling 2021	=	▲2	=	▼2	▲1	▲1	=	▲1	=	▼2	▲1	▼1	=	=	=	▲1	▼1	▲1	▼1	=	▼1	▲1	=	▲2	▲1	▲1	▼1	▲2
Weiß nicht	Winter 2021/2022	5	8	2	1	9	6	0	4	7	2	2	2	4	0	1	3	11	5	4	3	2	8	7	3	3	2	11	6
	Δ Frühling 2021	=	▲8	▼1	▼2	=	=	▼2	▲1	▼6	▼2	▲1	▼2	▼1	=	=	▲3	=	▲1	▲2	▼1	▼2	▲1	▲7	▲1	▲2	▲1	▲2	▲2

5. Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: Trend

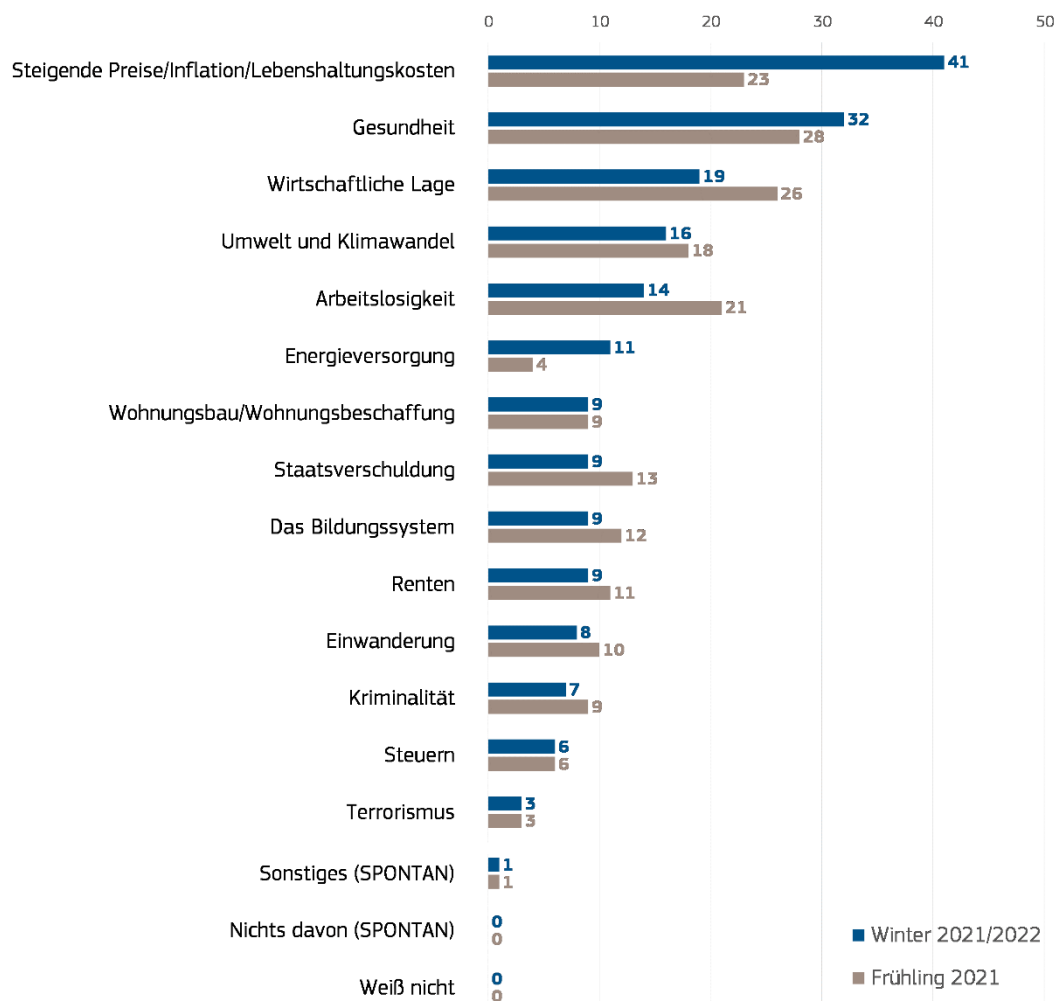
Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten sind für die Europäer das wichtigste nationale Thema. Der Anteil der Nennungen ist gegenüber der Umfrage vom Frühjahr 2021 erheblich gestiegen (41%, +18 Prozentpunkte). Bereits zwischen Winter 2020/2021 und Frühjahr 2021 war diesbezüglich mit plus sieben Prozentpunkten ein nennenswerter Zuwachs festzustellen.

Der Anteil an Befragten, die das Thema **Gesundheit** für eines der wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene halten, ist insgesamt zwar leicht gestiegen, aber trotzdem ist dieses Thema von Platz eins auf Platz zwei gefallen (32%, +4). Darüber hinaus ist **Gesundheit** neben steigenden Preisen/Inflation/Lebenshaltungskosten das einzige weitere Thema, das bei dieser Frage von mindestens jedem fünften Europäer genannt wird. Die **wirtschaftliche Lage** ist um einen Platz auf Rang drei gefallen und auch der Anteil der Nennungen insgesamt ist gegenüber der Befragung vom Frühjahr 2021 zurückgegangen (19%, -7).

Umwelt und Klimawandel sind von Rang fünf der dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene auf Rang vier vorgerückt (16%, -2). Das Thema **Arbeitslosigkeit** hat etwas an Bedeutung verloren und rangiert aktuell anstatt auf Platz vier auf Platz fünf (14%, -7). Die **Energieversorgung** ist das einzige weitere Thema, das von mindestens jedem zehnten Befragten genannt wird. Aktuell belegt dieses Thema Rang sechs (11%, +7). Im Frühjahr 2021 war es noch Rang dreizehn.

Die anderen Themen werden von weniger als jedem zehnten Befragten angeführt: **Wohnungsbau/Wohnungsbeschaffung** (9%, =), **Staatsverschuldung** (9%, -4), **das Bildungssystem** (9%, -3), **Renten** (9%, -2), **Einwanderung** (8%, -2), **Kriminalität** (7%, -2), **Steuern** (6%, =) und **Terrorismus** (3%, =).

QA3 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 ANTWORTEN) (% - EU)



6. Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse

Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten werden von den Befragten in 25 Mitgliedstaaten als eines der drei wichtigsten Probleme angesehen, denen ihr Land derzeit gegenübersteht. Das Thema Gesundheit gehört in 23 Mitgliedstaaten zu den drei wichtigsten Themen und die wirtschaftliche Lage in 13 Mitgliedstaaten.

Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten sind mit 41% die EU-weit am häufigsten genannte Antwort. Darüber hinaus steht dieses Thema auch in 16 Mitgliedstaaten (Anstieg von sieben im Frühjahr 2021) an erster Stelle der dringlichsten nationalen Sorgen, wobei die höchsten Anteile in Estland (71%), Tschechien (70%) und Litauen (69%) zu verzeichnen sind. In fünf Ländern belegt dieses Thema Rang zwei der dringlichsten Sorgen. Luxemburg weist mit 50% den höchsten Anteil an Nennungen in dieser Gruppe auf. In vier Mitgliedstaaten rangiert dieses Thema an dritter Stelle, darunter in den Niederlanden (34%).

Mit 32% der Nennungen belegt das Thema **Gesundheit** EU-weit den zweiten Platz der wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene. Im Ländervergleich findet sich dieses Thema in sechs Mitgliedstaaten (Anstieg gegenüber fünf im Frühjahr 2021) auf Platz eins: Slowenien (52%), Spanien (42%), Griechenland (41%), Italien (38%), Österreich (37%) und Zypern (36%). In zehn Mitgliedstaaten, darunter Bulgarien (44%), Ungarn (41%) und Portugal (39%), rangiert Gesundheit auf Platz zwei und in sieben Ländern, u. a. in Dänemark, (36%) steht sie auf Platz drei.

Die wirtschaftliche Lage wird im EU-Durchschnitt von 19% der Befragten genannt und belegt damit Rang drei der wichtigsten nationalen Probleme. Anders als im Frühjahr 2021, als die wirtschaftliche Lage in vier Mitgliedstaaten auf Platz eins der größten nationalen Probleme stand, ist dies aktuell in keinem Mitgliedstaat der Fall. In Griechenland (40%), Zypern (35%), Italien

(34%) und Kroatien (25%) rangiert dieses Thema auf Platz zwei der wichtigsten nationalen Probleme. In neun Mitgliedstaaten steht es auf Platz drei, darunter in der Slowakei (28%), Rumänien (27%) und Bulgarien (26%).

Umwelt und Klimawandel rangieren in der EU als Ganzes auf Rang vier (16%), in Dänemark (44%) und Schweden (34%) hingegen auf Platz eins. In den Niederlanden (40%), Malta (30%) und Deutschland (29%) ist dies das zweithäufigste genannte Item und in Frankreich und Lettland (jeweils 17%) das dritthäufigste.

Die **Arbeitslosigkeit** steht mit 14% der Nennungen im EU-Durchschnitt auf Rang fünf der wichtigsten nationalen Probleme. In Spanien (35%) liegt dieses Thema hingegen auf Platz zwei und in Griechenland (34%) und Kroatien (23%) jeweils auf Platz drei.

Die **Energieversorgung** liegt EU-weit insgesamt an sechster Stelle (11%), in Estland (50%) und Belgien (28%) jedoch an zweiter und in Tschechien (28%) an dritter Stelle.

Wohnungsbau/Wohnungsbeschaffung sind in Luxemburg (54%), Irland (50%) und den Niederlanden (42%) das am häufigsten genannte Problem. Im EU-Durchschnitt belegt dieses Thema gemeinsam mit der Staatsverschuldung, dem Bildungssystem und Renten (jeweils 9%) Rang sieben. Die **Staatsverschuldung** ist nach Ansicht der Befragten in Tschechien das zweitwichtigste Problem in ihrem Land (31%) und die Befragten in Finnland (26%) und Slowenien (17%) sehen dies auf Platz drei ihrer größten nationalen Probleme.

Kriminalität und Steuern sind als einzige weitere Themen unter den Top drei auf Länderebene zu finden. Das Problem der **Kriminalität** liegt EU-weit auf Platz zwölf (7%), in Schweden jedoch auf Platz zwei (32%). In Litauen (27%) sind **Steuern** das am zweithäufigsten genannte nationale Problem, im EU-Durchschnitt ist dieses Thema hingegen auf Rang dreizehn zu finden (6%).

Standard-Eurobarometer 96 Winter 2021/2022

QA3 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 ANTWORTEN)
(%)

																												
Steigende Preise / Inflation / Lebenshaltungskosten	41	40	63	70	39	45	71	44	32	27	39	55	30	32	57	69	50	49	54	34	35	58	47	43	39	56	35	16
Gesundheit	32	21	44	12	36	22	33	39	41	42	29	25	38	36	32	20	15	41	25	31	37	33	39	30	52	33	30	24
Wirtschaftliche Lage	19	11	26	14	8	10	13	8	40	26	11	25	34	35	22	21	3	19	20	7	21	20	25	27	14	28	22	7
Umwelt und Klimawandel	16	19	3	7	44	29	8	13	4	5	17	4	7	4	1	3	17	9	30	40	16	9	8	9	6	7	22	34
Arbeitslosigkeit	14	8	11	1	2	3	2	8	34	35	15	23	29	15	8	8	5	8	3	1	19	4	17	7	5	13	12	8
Energieversorgung	11	28	10	28	21	16	50	7	2	8	4	7	10	2	14	10	9	5	2	13	8	9	2	9	13	10	7	23
Wohnungsbau / Wohnungsbeschaffung	9	5	1	15	4	15	2	50	1	6	7	4	3	7	4	1	54	7	6	42	5	5	6	5	14	5	2	5
Staatsverschuldung	9	15	3	31	7	8	1	5	9	6	8	12	9	3	10	6	1	12	10	2	10	10	8	10	17	8	26	1
Das Bildungssystem	9	9	9	9	8	11	5	3	6	5	15	4	7	12	15	7	11	10	7	7	10	7	6	11	3	9	8	21
Renten	9	10	10	8	4	8	6	3	4	11	13	13	7	5	12	5	5	11	2	4	8	7	10	11	8	13	8	6
Einwanderung	8	9	3	2	11	11	3	2	10	6	10	5	9	28	3	9	4	11	12	6	15	7	2	3	5	2	9	16
Kriminalität	7	7	3	0	4	6	0	8	8	4	16	12	3	11	1	1	12	4	11	6	6	4	3	8	8	4	4	32
Steuern	6	10	2	2	5	2	3	5	5	8	4	4	8	2	13	27	5	4	4	3	4	11	18	6	4	3	9	4
Terrorismus	3	2	1	0	2	3	1	1	1	1	6	2	1	2	1	1	0	2	0	1	3	3	1	3	1	1	1	2
Sonstiges (SPONTAN)	1	0	1	0	0	1	0	0	1	1	0	0	0	1	0	1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nichts davon (SPONTAN)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Weiß nicht	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	0
DAS AM HÄUFIGSTEN GENANNTTE ITEM																												
DAS AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTTE ITEM																												
DAS AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTTE ITEM																												

IV. EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT



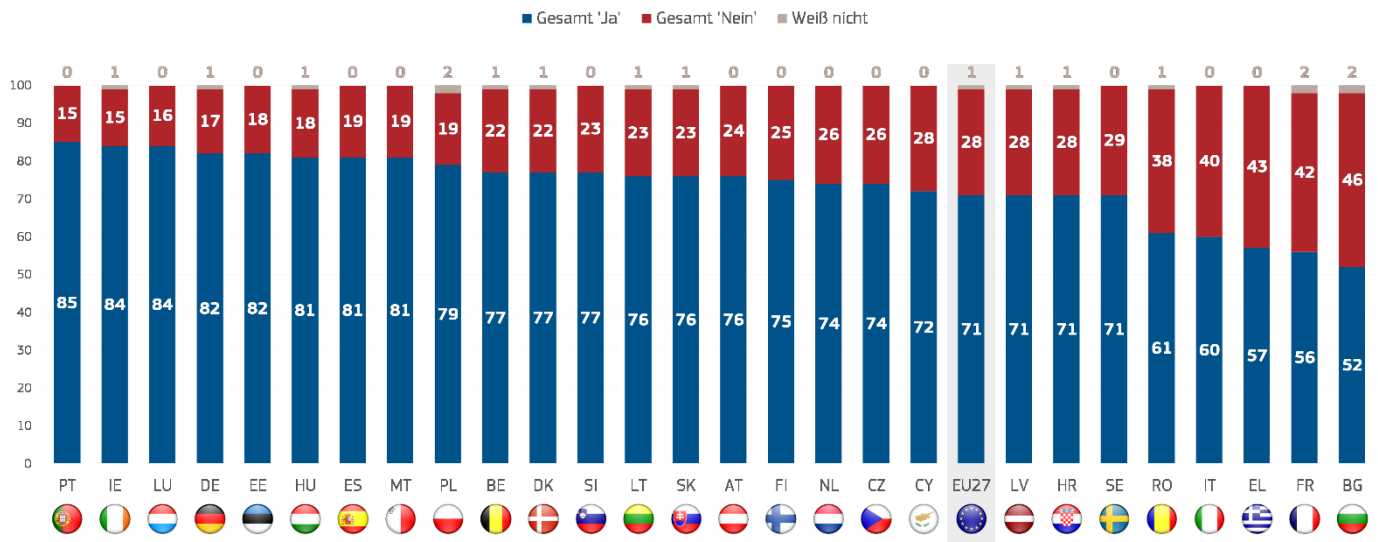
1. Das Gefühl, Bürger der Europäischen Union zu sein: nationale Ergebnisse

Etwas mehr als sieben von zehn Befragten fühlen sich nach eigenen Angaben als Bürger der EU (71%, -1 Prozentpunkt gegenüber dem Frühjahr 2021). Diese Ansicht wird auch in jedem Mitgliedstaat von einer Mehrheit der Befragten geteilt.

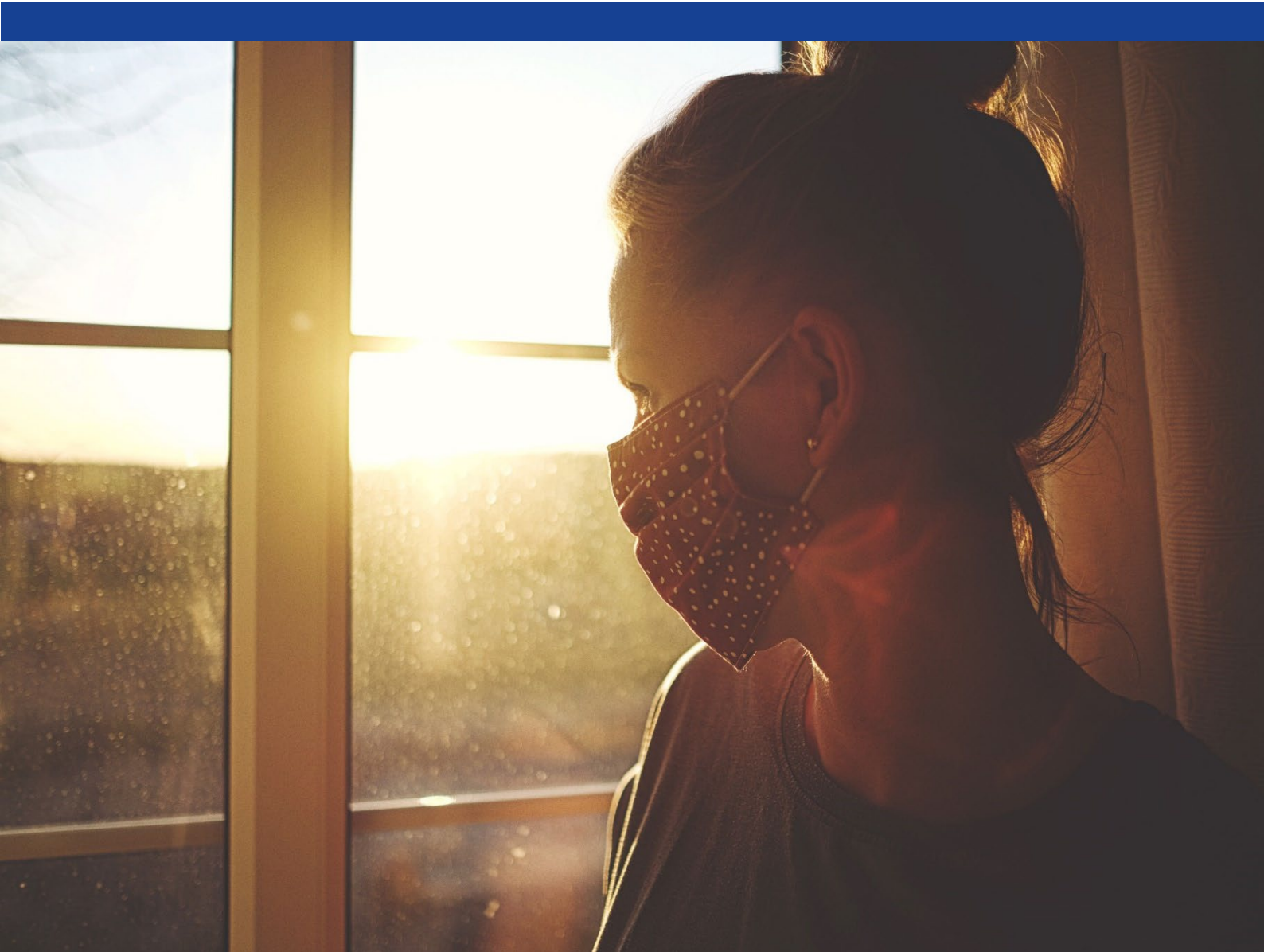
In acht Mitgliedstaaten (Rückgang von 10 Ländern im Frühjahr 2021) geben mindestens acht von zehn Befragten an, sich als Bürger der EU zu fühlen: Portugal (85%), Irland, Luxemburg (jeweils 84%), Deutschland, Estland (jeweils 82%), Spanien, Ungarn und Malta (jeweils 81%). Gleiches gilt für mehr als die Hälfte der Befragten in Bulgarien (52%), Frankreich (56%) und Griechenland (57%).

Beim Blick auf den Trend seit der Umfrage vom Frühjahr 2021 zeigt sich ein eher heterogenes Bild. In 13 Ländern hat der Anteil an Befragten, die sich als Bürger der EU fühlen, zugenommen. Dies ist insbesondere in Tschechien (74%, +6), den Niederlanden (74%, +5) und Schweden (71%, +5) festzustellen. Umgekehrt ist das Gefühl, Bürger der EU zu sein, in 12 Mitgliedstaaten aktuell weniger weit verbreitet als im Frühjahr 2021, allen voran in Rumänien (61%, -7) und Frankreich (56%, -7).

QC2.1 Bitte sagen Sie für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. (% - Sie fühlen sich als Bürger der EU)



V. DIE EU UND DIE CORONAVIRUS- PANDEMIE



1. Zufriedenheit mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise: Trend und nationale Ergebnisse

Die Zufriedenheit mit den von der Europäischen Union ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie ist seit Frühjahr 2021 leicht gesunken. Aktuell ist etwas weniger als die Hälfte der EU-Bürger mit diesen Maßnahmen zufrieden (49%, -2 Prozentpunkte). Parallel dazu ist die Unzufriedenheit etwas größer geworden (42%, +1), während 9% angeben, nicht zu wissen, ob sie damit zufrieden oder nicht zufrieden sind (+1).

Darüber hinaus ist auch die Zufriedenheit der Bürger mit den von ihrer nationalen Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie leicht gesunken, wenngleich eine Mehrheit damit nach wie vor zufrieden ist (50%, -3 Prozentpunkte seit Frühjahr 2021). Die Unzufriedenheit hat leicht zugenommen (48%, +2), während 2% (+1) „weiß nicht“ antworten.

QA12 Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit den Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie von ... ergriffen wurden?
(% - UE)

Der (NATIONALEN) Regierung



Winter 2021/2022

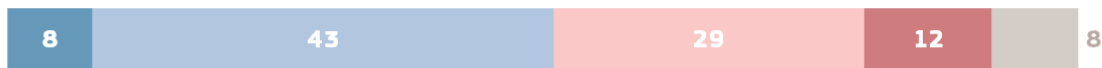


Frühling 2021

Der Europäischen Union



Winter 2021/2022



Frühling 2021

■ Sehr zufrieden ■ Ziemlich zufrieden ■ Nicht sehr zufrieden
■ Überhaupt nicht zufrieden ■ Weiß nicht

Standard-Eurobarometer 96 Winter 2021/2022

Nach eigenen Angaben ist eine Mehrheit der Befragten in 17 Mitgliedstaaten mit den Maßnahmen, die von der Europäischen Union ergriffen wurden, um die Pandemie zu bekämpfen (Rückgang gegenüber 21 Mitgliedstaaten im Frühjahr 2021), zufrieden. Am höchsten ist die Zufriedenheit mit diesen Maßnahmen in Portugal (79%), Irland (75%), Dänemark und Malta (jeweils 71%).

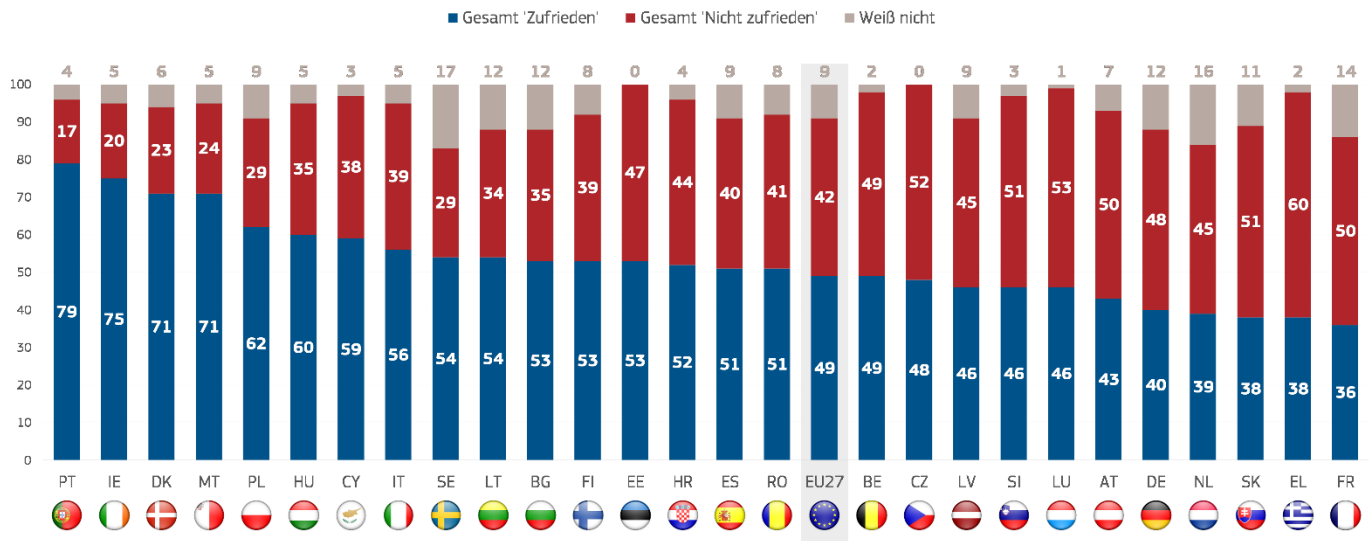
In neun Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Befragten „nicht zufrieden“, wobei die höchsten Anteile in Griechenland (60%), Luxemburg (53%) und Tschechien (52%) zu verzeichnen sind. Die Befragten in Belgien sind in diesem Punkt in zwei gleich große Lager gespalten (49% „zufrieden“ gegenüber 49% „nicht zufrieden“).

Die Zufriedenheit mit den Maßnahmen, die von der Europäischen Union ergriffen wurden, um die Coronavirus-Pandemie zu bekämpfen, ist in 17 Ländern im Vergleich zum Frühjahr 2021 zurückgegangen. Am stärksten gesunken ist die Zufriedenheit in Litauen (54%, -15 Prozentpunkte), den Niederlanden (39%, -12) und Schweden (54%, -11). In insgesamt acht Mitgliedstaaten ist die Zufriedenheit hingegen größer geworden, allen voran in Portugal (79%, +9) und Dänemark (71%, +6).

In Ungarn und Deutschland ist das Meinungsbild hingegen unverändert.

In den Niederlanden ist aktuell nur eine Minderheit der Befragten mit den Maßnahmen der EU auf diesem Gebiet zufrieden.

QA12.3 Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit den Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie von ... ergriffen wurden?
(% - Der Europäischen Union)



Standard-Eurobarometer 96 Winter 2021/2022

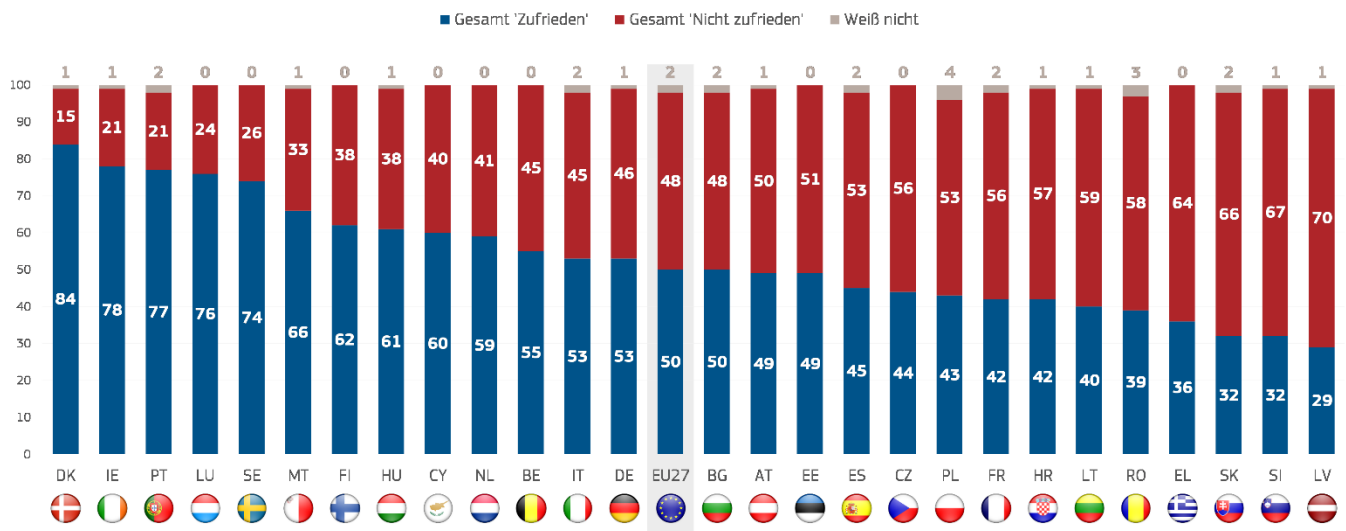
In 14 Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Befragten nach eigenem Bekunden mit den Maßnahmen, die ihre nationale Regierung ergriffen hat, um die Coronavirus-Pandemie zu bekämpfen (Rückgang gegenüber 18 im Frühjahr 2021), zufrieden. Bei genauerem Blick zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede im Ländervergleich. So bewegen sich die Anteile an Befragten, die mit den betreffenden Maßnahmen zufrieden sind, zwischen 84% in Dänemark und 29% in Lettland. Eine Mehrheit der Befragten in 13 Mitgliedstaaten ist nicht zufrieden und in Lettland (70%), Slowenien (67%) und der Slowakei (66%) geben mindestens zwei Drittel an, „nicht zufrieden“ zu sein.

Im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2021 ist der Anteil an Befragten, die mit den Maßnahmen ihrer nationalen Regierung zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie zufrieden sind, in 19 Mitgliedstaaten zurückgegangen. In sechs Ländern beträgt dieser Rückgang sogar zehn Prozentpunkte oder mehr: Litauen (40%, -16 Prozentpunkte), Niederlande (59%, -15), Österreich (49%, -12), Estland (49%, -12), Finnland (62%, -11) und Polen (43%, -10). Umgekehrt ist die Zufriedenheit in sechs Ländern gestiegen, allen voran in Irland (78%, +11), Schweden (74%, +10) und Portugal (77%, +9).

In Ungarn und Bulgarien hat sich die öffentliche Meinung in diesem Punkt nicht verändert.

In Estland, Litauen, Österreich und Polen ist aktuell statt einer Mehrheit nur eine Minderheit der Befragten mit den nationalen Maßnahmen zufrieden.

QA12.1 Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit den Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie von ... ergriffen wurden?
(% - Der (NATIONALEN) Regierung)



2. Vertrauen in die EU, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen: Trend und nationale Ergebnisse

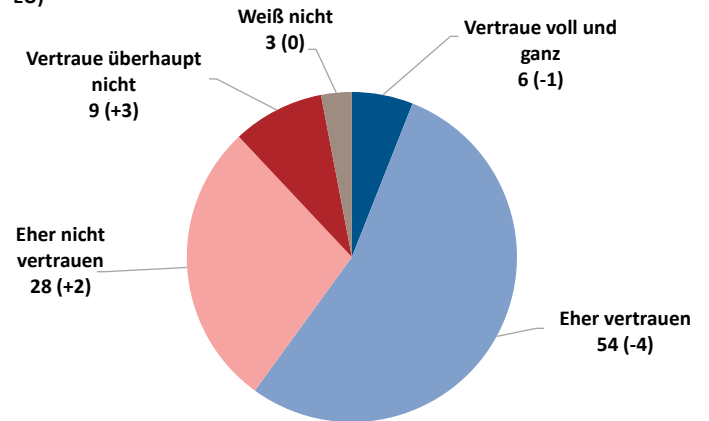
Die Europäer haben, wenn sie an die Reaktionen der EU auf die Coronavirus-Pandemie denken, aktuell weniger Vertrauen in die EU, wenn es darum geht, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen (60%, -5 Prozentpunkte seit Frühjahr 2021). Fast vier von zehn Befragten haben hingegen kein Vertrauen in die EU, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen (37%, +5), während 3% mit „weiß nicht“ antworten (=).

In 25 Mitgliedstaaten gibt die Mehrheit der befragten Bürger an, dass sie der EU vertraut, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen (Rückgang gegenüber 27 Mitgliedstaaten im Frühjahr 2021). Am weitesten verbreitet ist das Vertrauen in Portugal (86%), Irland (83%) und Dänemark (77%). Die niedrigsten Vertrauenswerte innerhalb dieser Ländergruppe sind mit jeweils 50% in Slowenien und Österreich bzw. 51% in der Slowakei zu verzeichnen.

Eine knappe Mehrheit der Befragten in Frankreich hat nach eigenen Angaben kein Vertrauen in die EU, wenn es darum geht, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen (48% gegenüber 47% „vertraue“), während die Befragten in Griechenland diesbezüglich in zwei gleich große Lager gespalten sind (48% „vertraue“ gegenüber 48% „vertraue nicht“).

Das Vertrauen, dass die EU in ihrer Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie künftig die richtigen Entscheidungen treffen wird, ist im Vergleich zum Frühjahr 2021 in 22 Ländern zurückgegangen. Am stärksten der Fall ist dies in Frankreich (47%, -14 Prozentpunkte), Rumänien (53%, -10), Spanien (66%, -9), Bulgarien (56%, -9) und Slowenien (50%, -9). In vier Ländern ist das diesbezügliche Vertrauen hingegen größer geworden, am deutlichsten in Zypern (72%, +5). Die Meinung der Befragten in Dänemark ist in diesem Punkt unverändert.

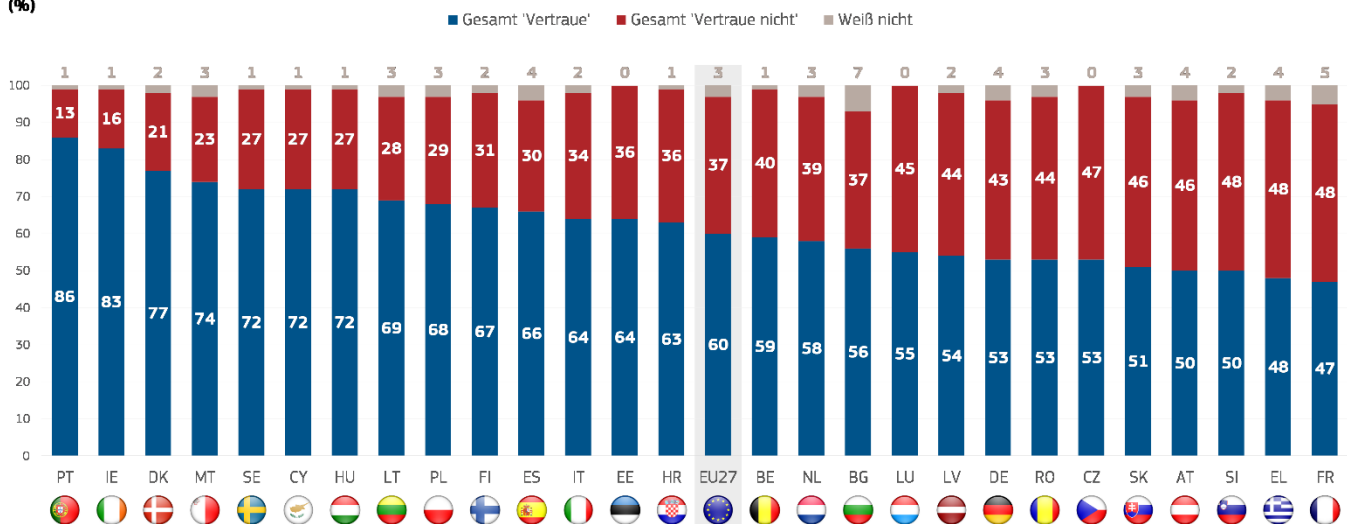
QA13 Wenn Sie an die Reaktion der EU auf die Coronavirus-Pandemie denken, inwieweit vertrauen Sie der EU oder nicht, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen?
(% - EU)



(Winter 2021/2022 - Frühjahr 2021)

Nur eine Minderheit der Befragten in Frankreich hat aktuell Vertrauen in die künftigen Entscheidungen der EU auf diesem Gebiet.

QA13 Wenn Sie an die Reaktion der EU auf die Coronavirus-Pandemie denken, inwieweit vertrauen Sie der EU oder nicht, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen?
(%)



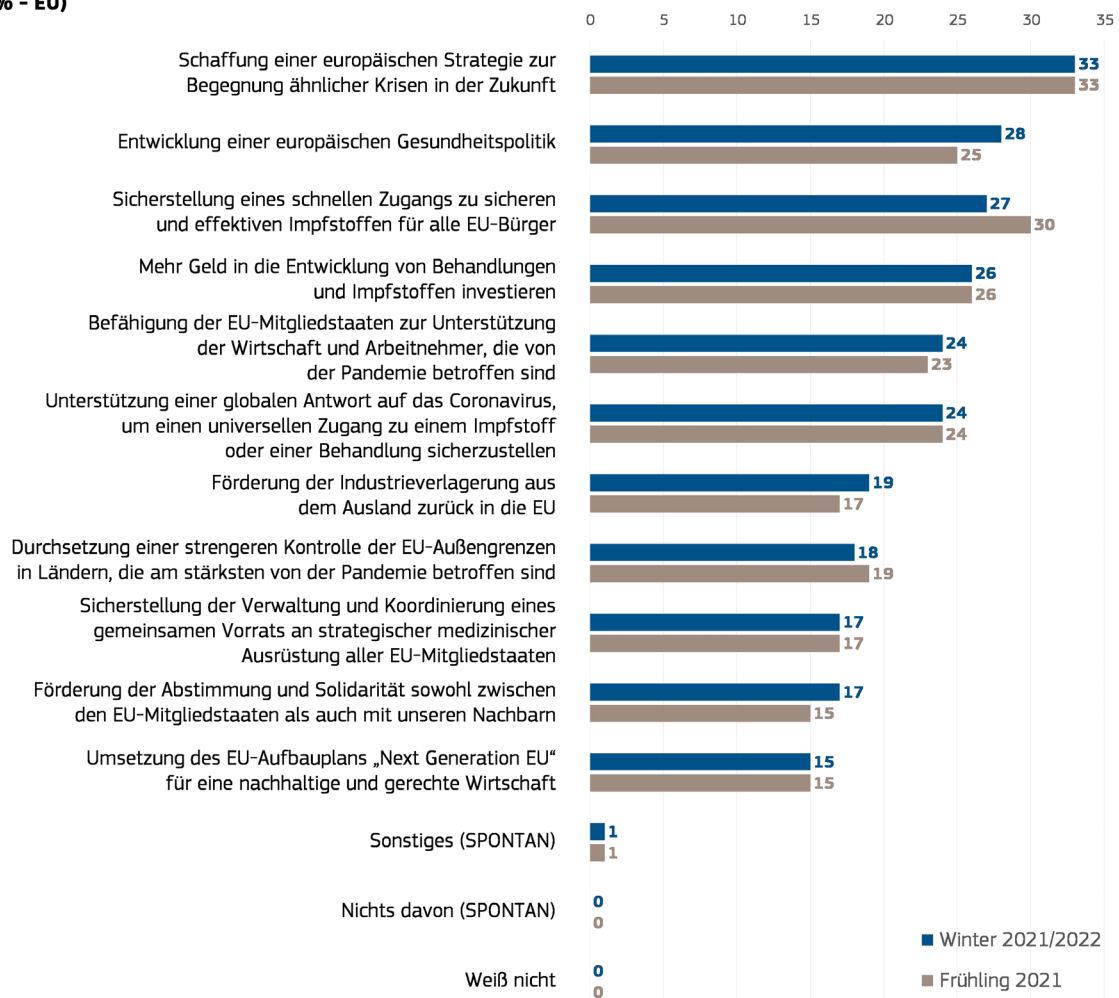
3. Schwerpunkte der EU als Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie

Nach Meinung der Europäer sollte die EU als Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie ihren Schwerpunkt auf die Schaffung einer europäischen Strategie zur Begegnung ähnlicher Krisen in der Zukunft legen (33%, unverändert seit Frühjahr 2021). Der aktuell am zweithäufigsten genannte Schwerpunkt (Rang vier im Frühjahr 2021) ist die Entwicklung einer europäischen Gesundheitspolitik (28%, +3 Prozentpunkte). Die Sicherstellung eines schnellen Zugangs zu sicheren und effektiven Impfstoffen für alle EU-Bürger (Rang zwei im Frühjahr 2021) ist aktuell der am dritthäufigsten genannte Schwerpunkt (27%, -3).

Der am vierthäufigsten genannte Schwerpunkt ist, dass mehr Geld in die Entwicklung von Behandlungen und Impfstoffen investiert (26%, =) werden sollte. Auf Rang fünf liegen zwei Schwerpunkte: Befähigung der EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung der Wirtschaft und Arbeitnehmer, die von der Pandemie betroffen sind (24%, +1) und Unterstützung einer globalen Antwort auf das Coronavirus, um einen universellen Zugang zu einem Impfstoff oder einer Behandlung sicherzustellen (24%, =).

Die anderen Items werden jeweils von weniger als jedem fünften Befragten genannt: Förderung der Industrieverlagerung aus dem Ausland zurück in die EU (19%, +2), Durchsetzung einer strengeren Kontrolle der EU-Außengrenzen in Ländern, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind (18%, -1), Sicherstellung der Verwaltung und Koordinierung eines gemeinsamen Vorrats an strategischer medizinischer Ausrüstung aller EU-Mitgliedstaaten (17%, =), Förderung der Abstimmung und Solidarität sowohl zwischen den EU-Mitgliedstaaten als auch mit unseren Nachbarn (17%, +2) und Umsetzung des EU-Aufbauplans „NextGenerationEU“ für eine nachhaltige und gerechte Wirtschaft (15%, =).

QA11 Worauf sollte die EU als Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie den Schwerpunkt legen?
(MAX. 3 ANTWORTEN)
(% - EU)



Die Schaffung einer europäischen Strategie zur Begegnung ähnlicher Krisen in der Zukunft ist für 33% der EU-Bürger die Maßnahme, auf die sich die EU vorrangig konzentrieren sollte. Darüber hinaus ist dies auch in 11 Mitgliedstaaten der am häufigsten genannte Schwerpunkt (in Rumänien gemeinsam mit der Entwicklung einer europäischen Gesundheitspolitik).

In 10 Mitgliedstaaten steht die **Schaffung einer europäischen Strategie zur Begegnung ähnlicher Krisen in der Zukunft** auf Platz eins der Maßnahmen, auf die die EU nach Meinung der Befragten ihren Schwerpunkt legen sollte. Am weitesten verbreitet ist diese Meinung in den Niederlanden, Schweden (jeweils 51%), Dänemark und Estland (jeweils 48%). Darüber hinaus belegt diese Maßnahme auch in Rumänien den ersten Platz, dort allerdings gemeinsam mit der Entwicklung einer europäischen Gesundheitspolitik (jeweils 27%). In acht Mitgliedstaaten ist dies der am zweithäufigsten genannte Schwerpunkt, darunter in Finnland (40%), Tschechien (38%) und Belgien (37%). In vier weiteren Mitgliedstaaten rangiert diese Strategie an dritter Stelle. Gleiches gilt für Ungarn, dort allerdings gleichauf mit der Entwicklung einer europäischen Gesundheitspolitik (jeweils 29%).

Im EU-Durchschnitt belegt die **Entwicklung einer europäischen Gesundheitspolitik** mit 28% Rang zwei. In sechs Mitgliedstaaten steht diese Schwerpunktmaßnahme hingegen an erster Stelle, darunter in Belgien, Irland (jeweils 38%) und Italien (35%). Gleiches gilt für Rumänien, dort aber gleichauf mit der Schaffung einer europäischen Strategie zur Begegnung ähnlicher Krisen in der Zukunft (jeweils 27%). In Zypern (37%), Luxemburg (34%), Griechenland (32%) und Lettland (28%) ist dies die am zweithäufigsten genannte Antwort. In Ungarn liegt die Entwicklung einer europäischen Gesundheitspolitik gemeinsam mit der Schaffung einer europäischen Strategie, die es ermöglicht, ähnlichen Krisen in der Zukunft zu begegnen, an dritter Stelle (jeweils 29%). Darüber hinaus gibt es noch vier weitere Mitgliedstaaten, in denen dies die dritthäufigste Antwort ist, darunter Kroatien (31%).

Finnland (41%) ist das einzige Land, in dem die **Sicherstellung eines schnellen Zugangs zu sicheren und effektiven Impfstoffen für alle EU-Bürger** auf Platz eins der am häufigsten genannten Schwerpunkte steht. In Deutschland ist dies der am zweithäufigsten genannte Schwerpunkt (33%). So auch in Polen, dort aber gleich häufig mit der Befähigung der EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung der Wirtschaft und Arbeitnehmer, die von der Pandemie betroffen sind (jeweils 26%). In sechs Mitgliedstaaten liegt dieser Schwerpunkt auf Rang drei. Gleiches gilt für Frankreich, gleichauf mit der Investition von mehr Geld in die Entwicklung von Behandlungen und Impfstoffen (jeweils 24%), und Belgien, gleichauf mit der Förderung der Industrieverlagerung aus dem Ausland zurück in die EU (jeweils 24%). In der EU als Ganzes rangiert diese Maßnahme mit 27% ebenfalls auf Platz drei.

Die Investition von mehr Geld in die Entwicklung von Behandlungen und Impfstoffen ist EU-weit mit 26% die am vierthäufigsten genannte Maßnahme. In Spanien (34%), Kroatien (33%) und der Slowakei (31%) belegt diese Maßnahme den ersten Rang und in Italien (33%) und Rumänien (24%) den zweiten. In Malta ist dies der dritthäufigste Schwerpunkt, der von den

Befragten genannt wird (27%). Gleiches gilt für Frankreich, dort aber gleichauf mit der Sicherstellung eines schnellen Zugangs zu sicheren und effektiven Impfstoffen für alle EU-Bürger (jeweils 24%).

EU-weit gemeinsam auf Platz fünf liegen die **Befähigung der EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung der Wirtschaft und Arbeitnehmer, die von der Pandemie betroffen sind**, steht in fünf Mitgliedstaaten auf Platz eins der am häufigsten genannten Maßnahmen, darunter in Griechenland (50%), Zypern (40%) und Bulgarien (34%). In sechs Ländern belegt dieses Item Rang zwei, unter anderem in Estland (35%), Portugal (34%) und Kroatien (32%). Gleiches gilt für Slowenien, dort allerdings gemeinsam mit der Schaffung einer europäischen Strategie zur Begegnung ähnlicher Krisen in der Zukunft (jeweils 30%), und Polen, dort gemeinsam mit der Sicherstellung eines schnellen Zugangs zu sicheren und effektiven Impfstoffen für alle EU-Bürger (jeweils 26%). In Litauen und Rumänien steht die Befähigung der EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung der Wirtschaft und Arbeitnehmer, die von der Pandemie betroffen sind, mit 25% bzw. 21% an dritter Stelle.

Die Unterstützung einer globalen Antwort auf das Coronavirus, um einen universellen Zugang zu einem Impfstoff oder einer Behandlung sicherzustellen, ist die am zweithäufigsten genannte Maßnahme in Dänemark (43%) Schweden (40%) und Malta (30%) und die dritthäufigste in Portugal (33%), Spanien (30%) und Irland (29%).

Während **die Förderung der Industrieverlagerung aus dem Ausland zurück in die EU** mit 19% EU-weit auf Platz sieben rangiert, steht diese Maßnahme in Tschechien auf Rang eins (40%), in Frankreich auf Rang zwei (25%) und in Luxemburg auf Rang drei (30%). Auch in Belgien ist diese Maßnahme an dritter Stelle zu finden, dort allerdings gemeinsam mit der Sicherstellung eines schnellen Zugangs zu sicheren und effektiven Impfstoffen für alle EU-Bürger (jeweils 24%).

Die Durchsetzung einer strengeren Kontrolle der EU-Außengrenzen in Ländern, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind, wird im EU-Durchschnitt von 18% der Befragten genannt und liegt damit EU-weit auf Rang acht. In Österreich ist dies hingegen der am häufigsten genannte Aspekt (29%), in Ungarn (30%) und der Slowakei (jeweils 27%, zusammen mit der Schaffung einer europäischen Strategie zur Begegnung ähnlicher Krisen) der zweithäufigste und in Griechenland der dritthäufigste (28%).

Die Sicherstellung der Verwaltung und Koordinierung eines gemeinsamen Vorrats an strategischer medizinischer Ausrüstung aller EU-Mitgliedstaaten rangiert in der EU als Ganzes auf Rang neun, findet sich in Finnland jedoch unter den drei am häufigsten genannten Antworten (26%). Im EU-Durchschnitt auf Platz neun (17%) folgt die **Förderung der Abstimmung und Solidarität sowohl zwischen den EU-Mitgliedstaaten als**

Standard-Eurobarometer 96 Winter 2021/2022

auch mit unseren Nachbarn, wohingegen diese Maßnahme in den Niederlanden auf Platz zwei liegt (32%).

Die Umsetzung des EU-Aufbauplans „NextGenerationEU“ für eine nachhaltige und gerechte Wirtschaft liegt EU-weit auf Rang elf, in Slowenien jedoch auf Platz drei (24%).

QA11 Worauf sollte die EU als Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie den Schwerpunkt legen? (MAX. 3 ANTWORTEN)
(%)

	EU27	BE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	HR	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Schaffung einer europäischen Strategie zur Begegnung ähnlicher Krisen in der Zukunft	33	37	32	38	48	39	48	34	27	24	31	29	31	33	25	29	41	29	35	51	29	25	38	27	30	27	40	51
Entwicklung einer europäischen Gesundheitspolitik	28	38	29	15	15	30	18	38	32	26	23	31	35	37	28	33	34	29	25	30	22	30	32	27	31	18	14	13
Sicherstellung eines schnellen Zugangs zu sicheren und effektiven Impfstoffen für alle EU-Bürger	27	24	17	25	35	33	27	28	22	26	24	24	29	22	22	16	19	25	22	24	26	26	31	17	22	23	41	31
Mehr Geld in die Entwicklung von Behandlungen und Impfstoffen investieren	26	17	21	19	20	25	22	28	26	34	24	33	33	32	17	23	17	26	27	14	23	24	26	24	18	31	23	14
Befähigung der EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung der Wirtschaft und Arbeitnehmer, die von der Pandemie betroffen sind	24	18	34	22	15	17	35	24	50	31	17	32	29	40	33	25	22	31	24	19	28	26	34	21	30	22	22	20
Unterstützung einer globalen Antwort auf das Coronavirus, um einen universellen Zugang zu einem Impfstoff oder einer Behandlung sicherzustellen	24	18	16	23	43	23	26	29	25	30	23	18	22	20	13	16	22	20	30	27	23	23	33	17	19	18	19	40
Förderung der Industrieverlagerung aus dem Ausland zurück in die EU	19	24	17	40	17	26	24	12	10	11	25	11	14	5	11	10	30	14	10	16	25	13	8	17	16	17	10	16
Durchsetzung einer strengeren Kontrolle der EU-Außengrenzen in Ländern, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind	18	18	20	12	12	16	17	13	28	15	23	14	20	29	20	19	13	30	18	7	29	16	13	15	12	27	22	11
Sicherstellung der Verwaltung und Koordinierung eines gemeinsamen Vorrats an strategischer medizinischer Ausrüstung aller EU-Mitgliedstaaten	17	18	18	16	17	19	19	14	21	14	14	15	17	17	20	17	18	20	12	24	22	19	12	19	15	16	26	26
Förderung der Abstimmung und Solidarität sowohl zwischen den EU-Mitgliedstaaten als auch mit unseren Nachbarn	17	21	13	17	17	15	16	19	22	16	16	21	16	18	17	22	25	14	18	32	18	16	12	16	17	16	16	26
Umsetzung des EU-Aufbauplans „Next Generation EU“ für eine nachhaltige und gerechte Wirtschaft	15	19	16	19	15	18	7	16	17	10	11	26	18	21	12	9	16	14	25	20	21	17	20	15	24	10	11	11
Sonstiges (SPONTAN)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	0
Nichts davon (SPONTAN)	1	0	1	0	1	1	0	0	1	1	3	0	1	1	1	2	0	0	1	1	2	1	0	0	1	6	1	1
Weiß nicht	2	0	5	0	1	1	0	0	1	3	4	0	1	0	3	4	1	0	2	0	1	4	2	4	1	2	1	1
DAS AM HÄUFIGSTEN GENANNTÉ ITEM																												
DAS AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTÉ ITEM																												
DAS AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTÉ ITEM																												

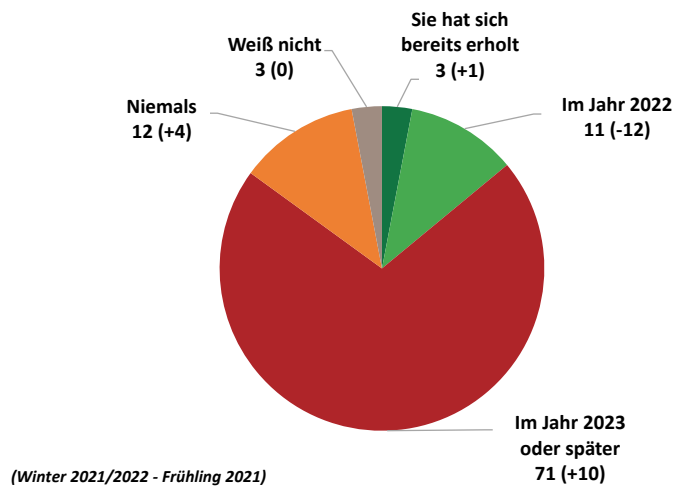
4. Wirtschaftliche Folgen: Trend und nationale Ergebnisse

Die Europäer sind pessimistischer geworden, was den Zeitpunkt einer Erholung der nationalen Wirtschaft von den Auswirkungen der Pandemie betrifft. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass der Anteil der Europäer, die der Meinung sind, dass sich die Wirtschaft ihres Landes 2023 oder später von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie erholen wird, gegenüber der Umfrage vom Frühjahr 2021 deutlich gestiegen ist, und zwar um zehn Prozentpunkte auf aktuell 71%. Etwas mehr als jeder zehnte Befragte ist der Meinung, dass es 2022 zu einer Erholung kommen wird (11%, -12). Nur wenige (3%, +1) denken, dass sich ihre nationale Wirtschaft bereits erholt hat. Demgegenüber ist etwas mehr als jeder zehnte Befragte der Ansicht, dass sich die Wirtschaft ihres Landes niemals davon erholen wird (12%, +4). Weniger als jeder zwanzigste Befragte antwortet auf die Frage mit „weiß nicht“ (3%, =).

Die Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten ist der Meinung, dass sich ihre nationale Wirtschaft „im Jahr 2023 oder später“ erholen wird. Diese Ansicht teilen 83% der Befragten in Spanien, jeweils 79% der Befragten in Tschechien und Zypern sowie 55% der Befragten in Rumänien und 57% in der Slowakei.

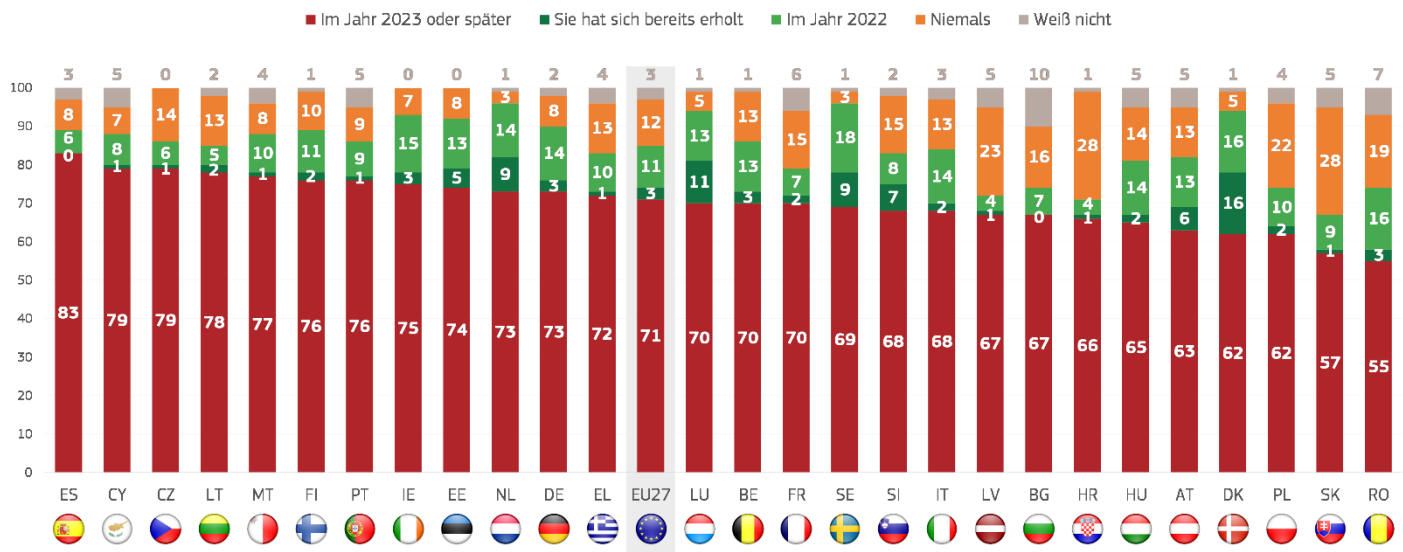
In allen Mitgliedstaaten ist weniger als einer von fünf Befragten der Meinung, dass sich die Wirtschaft ihres Landes 2022 erholen wird. Am weitesten verbreitet ist diese Meinung in Schweden (18%), Dänemark und Rumänien (jeweils 16%). Gleichzeitig ist mehr als jeder zehnte Befragte in Dänemark (16%) und Luxemburg (11%) der Ansicht, dass sich ihre nationale Wirtschaft bereits erholt hat.

QA17 Wann wird sich die (NATIONALE) Wirtschaft Ihrer Meinung nach von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie erholen?
(% - EU)



Allerdings ist in 16 Ländern mindestens jeder zehnte Befragte der Meinung, dass sich die Wirtschaft ihres Landes niemals von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie erholen wird, und in vier Ländern teilt sogar mehr als jeder fünfte Befragte diese Einschätzung: Kroatien, Slowakei (jeweils 28%), Lettland (23%) und Polen (22%).

QA17 Wann wird sich die (NATIONALE) Wirtschaft Ihrer Meinung nach von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie erholen?
(%)

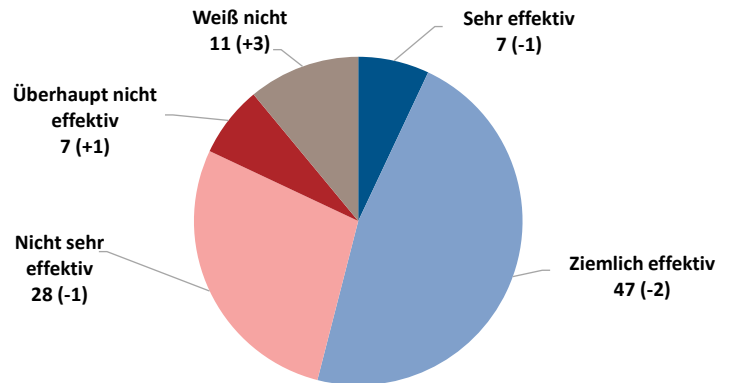


5. Der EU-Aufbauplan „NextGenerationEU“: nationale Ergebnisse

Eine Mehrheit der Europäer ist der Meinung, dass der EU-Aufbauplan „NextGenerationEU“ in Höhe von mehr als 800 Milliarden Euro eine effektive Maßnahme sein wird, um auf die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie zu reagieren (54%, -3 Prozentpunkte gegenüber Frühjahr 2021). Etwas mehr als ein Drittel glaubt nicht, dass dieser effektiv sein wird (35%, =), während 11% (+3) mit „weiß nicht“ antworten.

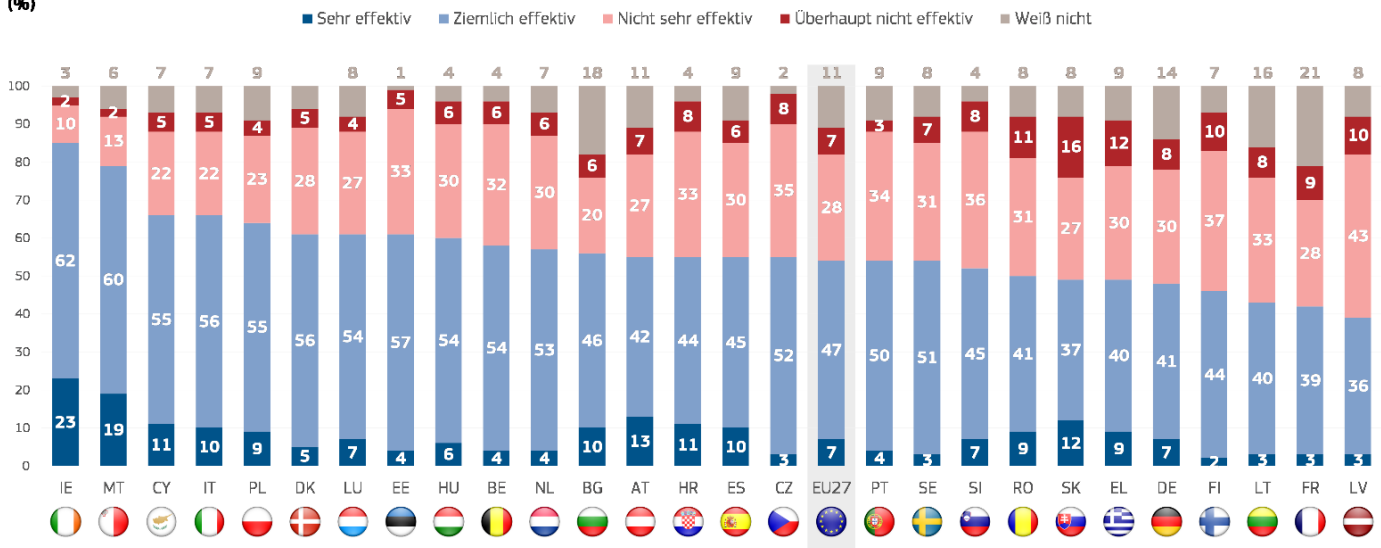
Eine Mehrheit der Befragten in 25 Mitgliedstaaten meint, dass NextGenerationEU eine effektive Maßnahme sein wird (unverändert gegenüber Frühjahr 2021). Am weitesten verbreitet ist diese Ansicht in Irland (85%), Malta (79%), Zypern und Italien (jeweils 66%). Im Gegensatz dazu glaubt eine Mehrheit der Befragten in Lettland (53%) und Finnland (47%) gegenüber 46% „effektiv“, dass dieser Plan nicht effektiv sein wird.

QA18 Die EU hat einen Aufbauplan in Höhe von mehr als 800 Milliarden Euro zur Unterstützung der Wirtschaft durch Finanzhilfen und Darlehen („NextGenerationEU“) entwickelt. Wie effektiv oder nicht ist diese Maßnahme Ihrer Meinung nach, um auf die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie zu reagieren? (% - EU)



(Winter 2021/2022 - Frühjahr 2021)

QA18 Die EU hat einen Aufbauplan in Höhe von mehr als 800 Milliarden Euro zur Unterstützung der Wirtschaft durch Finanzhilfen und Darlehen („NextGenerationEU“) entwickelt. Wie effektiv oder nicht ist diese Maßnahme Ihrer Meinung nach, um auf die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie zu reagieren? (%)



Sortiert nach Gesamt 'Effektiv'

SCHLUSSFOLGERUNG



Diese Standard-Eurobarometer-Befragung vom Winter 2021/2022 zeigt zwar insgesamt eine hohe Kontinuität bei den meisten abgefragten Indikatoren, insbesondere im Vergleich zu Beginn der Pandemie, lässt aber auch leichte Anzeichen für eine zunehmend pessimistischere Stimmung unter den Europäern gegenüber der Umfrage vom Frühjahr 2021 erkennen. Fast die Hälfte der Europäer hat aktuell Vertrauen in die EU. Das entspricht zwar einem leichten Rückgang gegenüber dem höchsten jemals erfassten Vertrauenswert vom Winter 2020/2021, zeigt aber auch, dass das Vertrauen in die EU nach wie vor deutlich größer ist als das Vertrauen in die nationalen Regierungen oder Parlamente.

Der Anteil an Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, ist zwar leicht gesunken, mit 44% aber trotzdem vergleichsweise hoch, wenn man die Werte über einen längeren Zeitraum betrachtet. In der EU als Ganzes ist der Anteil an Befragten, die optimistisch in die Zukunft der EU blicken, um vier Prozentpunkte gefallen, und auch im Ländervergleich ist in 20 Mitgliedstaaten ein Rückgang zu verzeichnen.

Auch die Befürwortung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung hat im Zuge der sich leicht verschlechternden allgemeinen Stimmung etwas abgenommen, und zwar sowohl in der EU insgesamt als auch im Euroraum. Dennoch ist mehr als die Hälfte der Befragten im Euroraum der Meinung, dass der Euro in den 20 Jahren seit Einführung positiv für die nationale Wirtschaft gewesen ist. Darüber hinaus sind beinahe zwei Drittel der Europäer der Meinung, dass der Euro positiv für die europäische Wirtschaft gewesen ist.

Trotz eines leichten Rückgangs im Vergleich zum Frühjahr 2021 geben auch aktuell mehr als sieben von zehn Europäern an, dass sie sich als Bürger der EU fühlen.

Der negative Stimmungstrend spiegelt sich auch in der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage wider: Der Anteil derer, die die Lage der nationalen Wirtschaft als „gut“ beschreiben, ist leicht zurückgegangen, sodass aktuell weniger als vier von zehn Befragten der Meinung sind, dass die Lage der Wirtschaft in ihrem Land gut ist. Dennoch ist festzuhalten, dass dieser Wert zehn Prozentpunkte über dem von vor einem Jahr, d. h. Winter 2020/2021, liegt. Die Mehrheit der Befragten beurteilt die Lage ihrer nationalen Wirtschaft nach wie vor als schlecht, wobei dieser Anteil leicht gestiegen ist, sodass aktuell beinahe sechs von zehn Befragten die Lage als schlecht bewerten. Was der EU-Durchschnittswert jedoch nicht zeigt, sind erhebliche Unterschiede im Ländervergleich.

Was die größten Sorgen der Europäer betrifft, so war zwischen Winter 2020/2021 und Frühjahr 2021 eine deutliche Themenverschiebung zu beobachten. Eine solche Entwicklung ist auch für den Zeitraum zwischen Frühjahr 2021 und der aktuellen Befragung zu konstatieren. Der Anteil an Befragten, die steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten zu den größten Problemen zählen, hat deutlich zugenommen, wodurch dieses Thema von Platz sechs auf Platz zwei vorgerückt ist. Umwelt und Klimawandel ist in der Wahrnehmung der Befragten vom zweitwichtigsten zum wichtigsten Thema für die EU geworden. Darüber hinaus gehören Umwelt und Klimawandel auch in 16 Mitgliedstaaten zu den Top

drei der wichtigsten Themen. Das Thema Einwanderung rangiert EU-weit aktuell an dritter Stelle. Ebenfalls erwähnenswert ist, dass beim Thema Energieversorgung der zweithöchste Zuwachs an Nennungen zu verzeichnen ist. Damit rückt dieses Thema von Platz elf auf Platz sieben vor.

Auch auf nationaler Ebene sind deutliche Veränderungen zu verzeichnen, was die Wahrnehmung der wichtigsten nationalen Probleme betrifft. Der Anteil an Befragten, die steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten nennen, ist um achtzehn Prozentpunkte gestiegen. Damit liegt dieses Thema EU-weit auf Platz eins der dringlichsten nationalen Herausforderungen und auch in 25 Mitgliedstaaten gehören steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten nach Meinung der Befragten zu den Top drei der wichtigsten nationalen Probleme. Das Thema Gesundheit ist von Platz eins auf Platz zwei zurückgefallen, obwohl der Anteil der Nennungen leicht zugenommen hat. Die wirtschaftliche Lage belegt EU-weit Platz drei der wichtigsten nationalen Probleme, wenngleich der Anteil an Nennungen seit Frühjahr 2021 stark zurückgegangen ist. Ähnlich wie bei der Frage nach den wichtigsten europäischen Problemen ist auch bei der Frage nach den wichtigsten Problemen auf nationaler Ebene ein Anstieg an Befragten zu verzeichnen, die die Energieversorgung nennen. Dadurch ist dieses Thema von Platz dreizehn auf Platz sechs vorgerückt.

Die Mehrheit der Europäer ist sowohl mit den von der EU als auch mit den von den jeweiligen nationalen Regierungen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus zufrieden, obwohl der Anteil derjenigen, die sich mit den Maßnahmen zufrieden zeigen, gegenüber der Umfrage vom Frühjahr 2021 zurückgegangen ist. Ein ähnliches Muster zeigt sich hinsichtlich des Vertrauens in die EU, künftig die richtigen Entscheidungen in Bezug auf die Coronavirus-Pandemie zu treffen. Aktuell haben sechs von zehn Befragten diesbezüglich Vertrauen in die EU. Außer in Frankreich wird diese Meinung auch in allen Mitgliedstaaten von der Mehrheit der Befragten geteilt.

Was die Geschwindigkeit der Erholung der nationalen Wirtschaft von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie betrifft, sind die Europäer etwas weniger optimistisch geworden: Der Anteil derjenigen, die meinen, dass die Erholung 2023 oder später eintreten wird, ist um zehn Prozentpunkte gestiegen. Parallel dazu ist der Anteil derjenigen, die eine Erholung im Jahr 2022 erwarten, gesunken, und zwar um etwas mehr als zehn Prozentpunkte. In allen Mitgliedstaaten geht eine Mehrheit davon aus, dass die Erholung im Jahr 2023 oder später einsetzen wird.

Die Europäer sind der Meinung, dass die EU als Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie den Schwerpunkt auf die Schaffung einer europäischen Strategie zur Begegnung ähnlicher Krisen in der Zukunft, auf die Entwicklung einer europäischen Gesundheitspolitik und auf die Sicherstellung eines schnellen Zugangs zu sicheren und effektiven Impfstoffen für alle EU-Bürger legen sollte.

Mehr als die Hälfte der Europäer ist der Ansicht, dass der Aufbauplan der EU in Höhe von mehr als 800 Milliarden Euro, NextGenerationEU, effektiv sein wird, wenngleich der Anteil derjenigen, die diese Meinung teilen, leicht gesunken ist.

TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Kantar Public hat zwischen dem 18. Januar und dem 14. Februar 2022 für Kantar Belgium die Eurobarometer-Umfragewelle 96.3 im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Medienspiegel und Eurobarometer“, durchgeführt.

Die Umfragewelle 96.3 umfasst auch das Standard-Eurobarometer 96 und deckt die Personen in der EU-Bevölkerung ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedstaates verfügen, in einem der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben und mindestens 15 Jahre alt sind.

Die Standard-Eurobarometer-Befragung EB96 wurde auch in 12 anderen Ländern oder Gebieten durchgeführt: in den fünf Bewerberländern (Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Türkei), in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in dem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, sowie in Bosnien und Herzegowina, Island, Kosovo²⁸, Norwegen, der Schweiz und im Vereinigten Königreich.

In diesen Ländern und Gebieten wurden die einheimische Bevölkerung sowie die Bürger aller EU-Mitgliedstaaten befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern oder Gebieten haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen zu beantworten.

Das grundlegende Stichprobendesign, das in allen Ländern und Gebieten angewandt wurde, basiert auf einem mehrstufigen Zufallsprinzip (Wahrscheinlichkeit). In jedem Land wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Dafür wurden die Erhebungspunkte systematisch aus den einzelnen „regionalen Verwaltungseinheiten“ gezogen, nachdem diese zuvor nach Einzeleinheit und Regionstypen geschichtet worden waren. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet der an der Studie teilnehmenden Länder nach EUROSTAT-NUTS II (oder Entsprechung) und nach der Verteilung der jeweiligen nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete.²⁹

Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Sollte der Interviewer im Haushalt niemanden angetroffen haben oder war der ausgewählte Befragte nicht verfügbar (nicht anwesend oder zu beschäftigt), suchte der Interviewer den Haushalt bis zu drei weitere Male auf (vier Kontaktaufnahmen insgesamt). Die Interviewer geben eingangs niemals an, dass die Befragung im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wird. Diese Information kann bei Nachfrage nach Beendigung der Befragung herausgegeben werden.

Die Rekrutierungsphase in den Niederlanden, Finnland und in Schweden verlief etwas anders. In diesen Ländern wurden innerhalb der jeweiligen Gebiete der Erhebungspunkte (1 km²-Raster) Adress-Stichproben aus dem Adress- oder Bevölkerungsverzeichnis gezogen (in Finnland wurde die Auswahl nicht in allen Erhebungspunkten durchgeführt, sondern auf jene Gebiete konzentriert, wo eine Verbesserung der Antwortraten erwartet wurde). Die ausgewählten Adressen wurden zufällig ermittelt. Anschließend wurden die Haushalte telefonisch kontaktiert und für die Umfrageteilnahme rekrutiert. In den Niederlanden wurde eine Random Digital Dialing (RDD) Stichprobe mit Dual-Frame-Ansatz (Mobilfunk- und Festnetzstichprobe) angewandt. Die Ziehung der Telefonnummern in beiden Frames erfolgt nach dem Zufallsprinzip, wobei jede Nummer mit gleicher Wahrscheinlichkeit gezogen werden kann. Im Unterschied zu Schweden und Finnland, war die Stichprobe nicht geclustert.

²⁸ Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/99 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

²⁹ Unterteilung in Städte und ländliche Gebiete entsprechend dem Verstädterungsgrad (DEGURBA) (<https://ec.europa.eu/eurostat/web/degree-of-urbanisation/background>)

Standard Eurobarometer 96
Winter 2021-2022

	LÄNDER	INSTITUTE	ANZAHL BEFRAGUNGEN	BEFRAGUNGS- ZEITRAUM		BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU27
BE	Belgien	Mobiel Centre Market Research	1 103	18/01/2022	08/02/2022	9 915 439	2,53%
BG	Bulgarien	Kantar TNS BBSS	1 036	18/01/2022	14/02/2022	6 094 974	1,55%
CZ	Tschechien	Kantar Czechia	1 020	25/01/2022	04/02/2022	9 190 342	2,34%
DK	Dänemark	Kantar Gallup	996	18/01/2022	13/02/2022	4 994 008	1,27%
DE	Deutschland	Kantar Deutschland	1 604	18/01/2022	14/02/2022	74 162 306	18,89%
EE	Estland	Kantar Estonia	1 001	19/01/2022	13/02/2022	1 145 208	0,29%
IE	Irland	B and A Research	1 006	18/01/2022	14/02/2022	4 039 401	1,03%
EL	Griechenland	Kantar Greece	1 011	18/01/2022	13/02/2022	9 568 462	2,44%
ES	Spanien	TNS Investigación de Mercados y Opinión	1 004	19/01/2022	14/02/2022	42 022 835	10,70%
FR	Frankreich	Kantar Public France	1 005	18/01/2022	12/02/2022	57 553 554	14,66%
HR	Kroatien	Hendal	1 001	19/01/2022	12/02/2022	3 569 904	0,91%
IT	Italien	Kantar Italia	1 020	18/01/2022	07/02/2022	54 102 101	13,78%
CY	Republik Zypern	CYMAR Market Research	504	18/01/2022	11/02/2022	759 844	0,19%
LV	Lettland	Kantar TNS Latvia	1 006	18/01/2022	08/02/2022	1 649 459	0,42%
LT	Litauen	TNS LT	1 008	18/01/2022	14/02/2022	2 445 153	0,62%
LU	Luxemburg	TNS Ilres	501	18/01/2022	03/02/2022	538 288	0,14%
HU	Ungarn	Kantar Hoffmann	1 030	18/01/2022	03/02/2022	8 547 786	2,18%
MT	Malta	MISCO International	500	18/01/2022	08/02/2022	455 041	0,12%
NL	Niederlande	Kantar Netherlands	1 014	18/01/2022	10/02/2022	15 067 518	3,84%
AT	Österreich	Das Österreichische Gallup Institut	1 019	18/01/2022	07/02/2022	7 844 329	2,00%
PL	Polen	Kantar Polska	1 033	18/01/2022	13/02/2022	32 904 839	8,38%
PT	Portugal	Marktest – Marketing, Organização e Formação	1 056	19/01/2022	14/02/2022	9 221 533	2,35%
RO	Rumänien	Centrul Pentru Studierea Opiniei si Piete (CSOP)	1 052	18/01/2022	13/02/2022	16 701 193	4,25%
SI	Slowenien	Mediana DOO	1 007	18/01/2022	09/02/2022	1 834 195	0,47%
SK	Slowakei	Kantar Czechia	1 001	18/01/2022	10/02/2022	4 677 729	1,19%
FI	Finnland	Taloustutkimus Oy	1 037	18/01/2022	14/02/2022	4 805 266	1,22%
SE	Schweden	Kantar Sifo	1121	18/01/2022	14/02/2022	8 756 024	2,23%
GESAMT EU27			26 696	18/01/2022	14/02/2022	392 566 731	100%

* Es ist zu beachten, dass die Summe aller Prozentsätze aufgrund von Rundung 100% übersteigen kann.

UK	Vereinigtes Königreich	Kantar UK Limited	1 086	20/01/2022	09/02/2022	53 082 345
CY (Tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	Lipa Consultancy	500	19/01/2022	27/01/2022	233 547
TR	Türkei	Kantar TNS Piar	1 006	18/01/2022	13/02/2022	62 644 678
MK	Nordmazedonien	Kantar TNS BBSS	1 024	20/01/2022	14/02/2022	1 736 495
ME	Montenegro	TMG Insights	525	18/01/2022	11/02/2022	510 415
RS	Serbien	TMG Insights	1 045	18/01/2022	06/02/2022	5 966 740
AL	Albanien	Index Kosovo	1 014	18/01/2022	03/02/2022	2 344 814
BA	Bosnien und Herzegowina	Kantar TNS BBSS	1 006	19/01/2022	13/02/2022	2 987 440
IS	Island	Gallup Iceland	500	19/01/2022	11/02/2022	289 125
XK	Gebiet des Kosovo	Index Kosovo	1 059	18/01/2022	10/02/2022	1 357 100
NO	Norwegen	Kantar Norway	1 020	19/01/2022	02/02/2022	4 392 175
CH	Schweiz	Demo SCOPE AG	1 025	18/01/2022	10/02/2022	7 259 209
GESAMT			37 506	18/01/2022	14/02/2022	535 370 814

Standard Eurobarometer 96 Winter 2021-2022

Interviews

	LÄNDER	ANZAHL CAPI- BEFRAGUNGEN	ANZAHL CAWI- BEFRAGUNGEN	BEFRAGUNGEN GESAMT
BE	Belgien	876	227	1 103
BG	Bulgarien	1 036		1 036
CZ	Tschechien		1 020	1 020
DK	Dänemark	376	620	996
DE	Deutschland	1 604		1 604
EE	Estland		1 001	1 001
IE	Irland	1 006		1 006
EL	Griechenland	1 011		1 011
ES	Spanien	1 004		1 004
FR	Frankreich	1 005		1 005
HR	Kroatien	1 001		1 001
IT	Italien	1 020		1 020
CY	Republik Zypern	504		504
LV	Lettland	610	396	1 006
LT	Litauen	1 008		1 008
LU	Luxemburg	252	249	501
HU	Ungarn	1 030		1 030
MT	Malta	290	210	500
NL	Niederlande	1 014		1 014
AT	Österreich	1 019		1 019
PL	Polen	1 033		1 033
PT	Portugal	692	364	1 056
RO	Rumänien	1 052		1 052
SI	Slowenien	705	302	1 007
SK	Slowakei	1 001		1 001
FI	Finnland	517	520	1 037
SE	Schweden	851	270	1 121
GESAMT EU27		21 517	5 179	26 696
UK	Vereinigtes Königreich		1 086	1 086
CY (Tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	500		500
TR	Türkei	1 006		1 006
MK	Nordmazedonien	1 024		1 024
ME	Montenegro	525		525
RS	Serbien	1 045		1 045
AL	Albanien	1 014		1 014
BA	Bosnien und Herzegowina	1 006		1 006
IS	Island		500	500
XK	Gebiet des Kosovo	1 059		1 059
NO	Norwegen		1 020	1 020
CH	Schweiz		1 025	1 025
GESAMT		28 696	8 810	37 506

CAPI: computergestützte persönliche Befragung
CAWI: computergestützte Online-Befragung

Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Erhebung

■ Persönliche Interviews

Soweit dies möglich war, wurden alle Interviews persönlich bei den Befragten zu Hause oder vor ihrer Haustür und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. In allen Ländern und Gebieten, in denen persönliche Interviews möglich waren, wurde das CAPI-Verfahren (Computer Assisted Personal Interviewing) angewandt. Bei allen persönlichen Interviews wurden zu jeder Zeit die jeweils geltenden staatlichen Bestimmungen in Bezug auf Hygienemaßnahmen und Abstandhalten umgesetzt. Wo immer möglich, wurden die Interviews vor der Haustür geführt, um im Freien zu bleiben und Abstand zu wahren.

■ Persönliche und Online-Interviews

In **Belgien, Dänemark, Lettland, Luxemburg, Malta, Portugal, Slowenien, Finnland** und **Schweden** waren persönliche Interviews möglich, allerdings gelang es aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Beschränkungen nicht, innerhalb des Befragungszeitraums die erforderliche Anzahl an Interviews zu führen. Viele potenzielle Umfrageteilnehmer hatten Bedenken, Interviewer in ihr Zuhause zu lassen, und zwar selbst dann, wenn

diese die Abstands- und Hygieneregeln befolgten, wie z. B. das Tragen einer Maske und die Verwendung von Handdesinfektionsmittel. Um die erforderliche Anzahl an Interviews innerhalb des Befragungszeitraums zu erreichen, wurden **zusätzlich Online-Interviews** mithilfe des CAWI-Verfahrens (Computer-Assisted Web Interviewing) durchgeführt.

■ Online-Interviews

In **Tschechien** und **Estland, Norwegen, Island, der Schweiz** und im **Vereinigten Königreich** waren persönliche Interviews gar nicht möglich. Deshalb wurden alle Interviews online mithilfe des CAWI-Verfahrens geführt.

Rekrutierung für Online-Interviews

■ In der EU

Das Online-Design war in jedem Land anders und abhängig davon, was innerhalb des Erhebungszeitraums möglich war. Wo möglich, basierte die Online-Stichprobe auf einem probabilistischen Stichprobendesign. Die Teilnehmer der Online-Befragung wurden mittels Zufallstelefonbefragung, dem sog. Random Digital Dialing (RDD) rekrutiert. Dabei wurde entweder der Single-Mobile-Frame-Ansatz (nur Mobilfunkstichprobe) oder der Dual-Frame-Ansatz (Mobilfunk- und Festnetzstichprobe) angewandt. Dadurch bestand in jedem Land für die gesamte Bevölkerung, die ein Telefon besitzt, eine Wahrscheinlichkeit von ungleich null, in die Stichprobe aufgenommen zu werden. Die Entscheidung, ob der Single-Mobile-Frame-Ansatz oder der Dual-Frame-Ansatz angewandt wurde, hing von der Festnetzdichte des jeweiligen Landes ab. In Ländern, in denen eine ausreichende Festnetzdichte vorhanden ist, um eine signifikante Minderheit der Haushalte mit Festnetzanschlüssen zu versorgen, wurde der Dual-Frame-Ansatz angewandt. Ziel des Stichprobenmix aus Mobilfunk- und Festnetzanschluss ist das Erreichen einer möglichst repräsentativen Stichprobe. Die Ziehung der RDD-Stichprobe erfolgte sowohl bei der Mobilfunk- als auch bei der Festnetzstichprobe aus dem nationalen Nummernplan. Die Festnetzstichprobe wurde nach NUTS3-Regionen auf Grundlage ihrer Vorwahl und die Mobilfunkstichprobe nach Mobilfunkbetreiber geschichtet. Anschließend wurde eine systematische Zufallsstichprobe von Nummern generiert, deren Größe proportional zur Gesamtzahl der generierbaren Nummern in jeder Schicht ist. Die Rekrutierung der Befragten in **Belgien, Tschechien, Estland, Lettland, Luxemburg, Malta, Portugal** und **Slowenien** erfolgte mittels dieses Stichprobendesigns.

In **Finnland, Dänemark** und **Schweden** wurden die Stichproben nicht mittels RDD gezogen, sondern aus dem jeweiligen nationalen Telefonnummernverzeichnis. In den Telefonnummernverzeichnissen dieser drei Länder werden Telefonbesitzer umfassend erfasst und sind sowohl mit ihrer Festnetz- als auch mit ihrer Mobiltelefonnummer aufgeführt.

■ Außerhalb der EU:

Die Rekrutierung der Befragten im **Vereinigten Königreich** erfolgte entweder über eine persönliche CAPI-Erhebung auf Grundlage einer geclusterten mehrstufigen Zufallsstichprobe von Adressen oder über eine per Post zugestellte Einladung zur

Standard Eurobarometer 96 Winter 2021-2022

Teilnahme an einer Online-Umfrage auf Grundlage einer nicht geclusterten Zufallsstichprobe von Adressen.

In **Norwegen** und **Island** wurden aus Wahrscheinlichkeitsstichproben geschichtete Zufallsstichproben gezogen. Die Rekrutierung erfolgte auf Grundlage einer Wahrscheinlichkeitsstichprobe mittels offline-basierter Erhebungsverfahren (telefonisch und postalisch).

In der **Schweiz** wurden die Stichproben nach dem Zufallsprinzip aus einer nicht-probabilistischen Stichprobe namens „Demoscope“ gezogen. Demoscope ist insofern eine pseudo-probabilistische Stichprobe, als dass der Frame für die Auswahl der Haushalte auf einer Wahrscheinlichkeitsstichprobe basiert. Die Rekrutierung erfolgte aufgrund der vorhandenen Festnetzdichte anhand des Schweizer Telefonverzeichnisses, in dem ausschließlich Festnetznummern verzeichnet sind. Die Auswahl der Panelteilnehmer unter den Haushaltsmitgliedern erfolgte hingegen nicht zufällig. Hierfür wurde Demoscope als Hauptquelle verwendet.

Antwortquoten

Für jedes Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit (d. h. mit der Gesamtbevölkerung des Landes) durchgeführt. Mittels Gewichtung nach Geschlecht, Alter, Region und Verstärkungsgrad wurde die Stichprobe an die Grundgesamtheit angepasst. Für europäische Schätzungen (d. h. EU-Durchschnittswerte) werden die jeweiligen Ländergewichte angepasst, d. h. nach oben oder unten gewichtet, damit die Bevölkerung über 15 Jahren in den jeweiligen Ländern als Prozentsatz der EU-Bevölkerung über 15 Jahren dargestellt werden kann.

Für die Berechnung der Antwortquoten wurde die Gesamtzahl der abgeschlossenen Interviews durch die Gesamtzahl aller aufgesuchten Adressen dividiert. Ausgeschlossen wurden alle nicht zulässigen Adressen, eingeschlossen jedoch jene, für die die Zulässigkeit unbekannt war. Für das Standard-Eurobarometer 96 hat Kantar folgende Antwortquoten für die EU27-Länder berechnet:

	LÄNDER	CAPI Antwortquoten	CAWI Antwortquoten
BE	Belgien	46,6%	20,4%
BG	Bulgarien	46,0%	
CZ	Tschechien		32,3%
DK	Dänemark	55,3%	21,0%
DE	Deutschland	21,5%	
EE	Estland		21,2%
IE	Irland	35,5%	
EL	Griechenland	29,1%	
ES	Spanien	31,6%	
FR	Frankreich	32,1%	
HR	Kroatien	41,6%	
IT	Italien	21,8%	
CY	Republik Zypern	42,6%	
LV	Lettland	44,6%	23,2%
LT	Litauen	45,2%	
LU	Luxemburg	27,5%	51,2%
HU	Ungarn	61,9%	
MT	Malta	90,1%	30,6%
NL	Niederlande	72,9%	
AT	Österreich	44,3%	
PL	Polen	39,3%	
PT	Portugal	33,8%	21,5%
RO	Rumänien	57,6%	
SI	Slowenien	39,9%	48,1%
SK	Slowakei	64,8%	
FI	Finnland	54,0%	33,1%
SE	Schweden	64,1%	32,5%

CAP I: computergestützte persönliche Befragung

CAWI: computergestützte Online-Befragung (CAWI-Antwortquote ohne Berücksichtigung der Rekrutierungsphase)

Standard Eurobarometer 96 Winter 2021-2022

Fehlerspannen

Der Leser wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem betrachteten Stichprobenanteil abhängig ist.

Bei einer Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews schwanken die realen Prozentwerte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Statistische Margen aufgrund der Probenahme
(auf dem 95% Konfidenzniveau)

Verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen

beobachteten Ergebnisse sind in Spalten

	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6.0	8.3	9.9	11.1	12.0	12.7	13.2	13.6	13.8	13.9	N=50
N=500	1.9	2.6	3.1	3.5	3.8	4.0	4.2	4.3	4.4	4.4	N=500
N=1000	1.4	1.9	2.2	2.5	2.7	2.8	3.0	3.0	3.1	3.1	N=1000
N=1500	1.1	1.5	1.8	2.0	2.2	2.3	2.4	2.5	2.5	2.5	N=1500
N=2000	1.0	1.3	1.6	1.8	1.9	2.0	2.1	2.1	2.2	2.2	N=2000
N=3000	0.8	1.1	1.3	1.4	1.5	1.6	1.7	1.8	1.8	1.8	N=3000
N=4000	0.7	0.9	1.1	1.2	1.3	1.4	1.5	1.5	1.5	1.5	N=4000
N=5000	0.6	0.8	1.0	1.1	1.2	1.3	1.3	1.4	1.4	1.4	N=5000
N=6000	0.6	0.8	0.9	1.0	1.1	1.2	1.2	1.2	1.3	1.3	N=6000
N=7000	0.5	0.7	0.8	0.9	1.0	1.1	1.1	1.1	1.2	1.2	N=7000
N=7500	0.5	0.7	0.8	0.9	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1	1.1	N=7500
N=8000	0.5	0.7	0.8	0.9	0.9	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1	N=8000
N=9000	0.5	0.6	0.7	0.8	0.9	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	N=9000
N=10000	0.4	0.6	0.7	0.8	0.8	0.9	0.9	1.0	1.0	1.0	N=10000
N=11000	0.4	0.6	0.7	0.7	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	N=11000
N=12000	0.4	0.5	0.6	0.7	0.8	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	N=12000
N=13000	0.4	0.5	0.6	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	0.9	0.9	N=13000
N=14000	0.4	0.5	0.6	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	N=14000
N=15000	0.3	0.5	0.6	0.6	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	N=15000
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	

